

Pressespiegel 2014

Press Documentation 2014

Novomatic

Erstellt von
Prepared by

Datum
Date

Dr. Reichmann

09.12.2014 / KW 49



„www.meinbezirk.at“, 09.12.2014

Niki Lauda zu Gast bei Admiral am Hauptbahnhof



Margarete Kirchberger, Admiral, und Niki Lauda

Admiral eröffnet neue Sportsbar in Wien

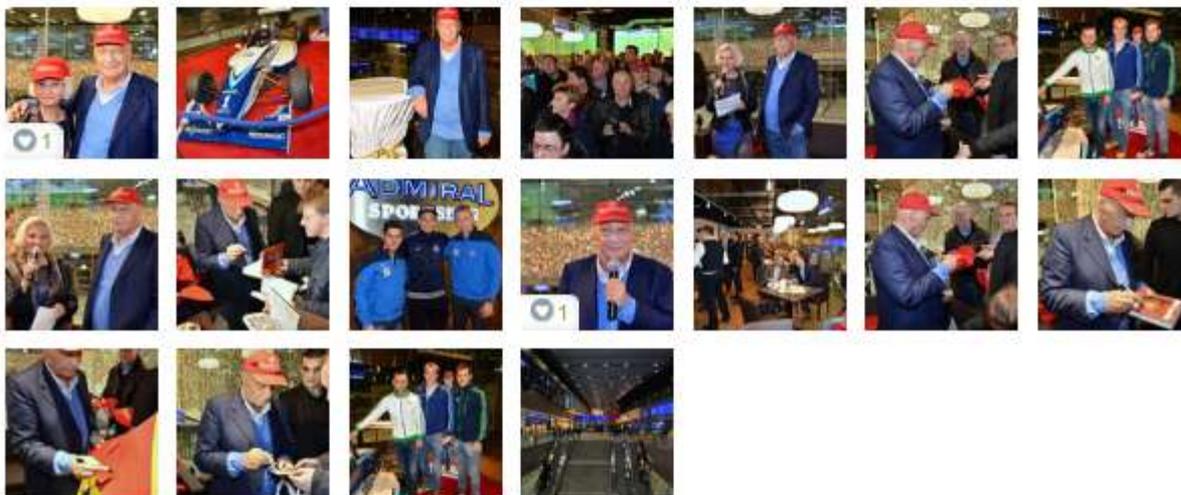
Margarete Kirchberger, Aufsichtsrat HTM Admiral, lud zur Eröffnung im neuen Kaffeehaus- und Barambiente am Wiener Hauptbahnhof, wo sportbegeisterte unzählige spannende Sport-Events Live genießen und aus einem reichhaltigen Wettangebot ihre Tipps auswählen können.

Niki Lauda, 3-facher Formel 1 Weltmeister, Unternehmer und Pilot, Moderator und seit 2012 Aufsichtsratsvorsitzender des Mercedes Formel 1 Teams, zahlreiche Gäste und Spieler der

Mannschaften von Rapid und Austria nahmen an der Eröffnung teil. Die Stars gaben geduldig Autogramme, standen für so manches Selfie und Fragen der Autogrammjäger zur Verfügung.

„Wir freuen uns sehr über unseren neuen Weltmeister **Hamilton** nach dieser langen, anstrengenden und auch oft nervenaufreibenden Saison“, so **Niki Lauda** auf eine der Fragen, die ihm das Publikum stellen durfte, „in der nächsten Saison hoffen wir auf einen Weltmeister **Rossberg**, der heuer leider vergebens bis zur letzten Minute gekämpft hat. So ist halt der Motor Sport.“

Infos unter: www.admiral.at



„www.boerse-social.com“, 07.12.2014



Novomatic Christmas, Fotos Kapitalmarktevents 2014, Tag der Internationalen Zivilluftfahrt und RWE grüne Weihnachten (Social Feeds Extended)

Novomatic >> Öffnen auf photaq.com

Novomatic Christmas



>> Bildauswahl durch die BSNgine, zum Originalzusammenhang

» Wiener Werte, 3.12.: Bene, Immofinanz...
» Wiener Werte, 2.12.: OMV, Porr, Telekom...

NovomaticForum

ourHOUSE: xmas Shopping im Novomatic Forum für Licht für die Welt Am 05.und 06. Dezember fand im Novomatic Forum (1010 Wien) das Debüt des Charity Design Events ourHOUSE statt. Es war dies ein gelungener und exklusiver Abend mit einzigartigen Ausstellern wie Juwelier Berghammer, TrueYou Fashion, e-Bike Scheimer, Delikatessa, Beauty for You, KingCredible, Weingut Karasek, Softstepheels, Womanspirit, Atelier DE ES und FACE Fashion sowie einer beeindruckenden Performance von RAÚL MACÍAS. Marion Draxler, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei Licht für die Welt, war sehr angetan von der Idee der Veranstaltung und bedankte sich beim Team von ourHOUSE Claudia Holzinger und Andrea Pachschröll sowie bei der Standortleiterin des Novomatic Forums, Ursula Nosal, dass ourHOUSE im Zeichen von Licht für die Welt stand. Besonderen Dank kommt auch den Partnern Wiener und Wienerin, Superfly, Bezirkszeitung, Opinion Leaders Network, Vanguardist, Druckerei Friedrich VDV, Stauds, Milka, Mondial Reisen, Peryd Shou uvm. zu, die den Event mit nachhaltigem Engagement unterstützt haben, zu.

„www.atv.at“, 06.12.2014

SA, 06.12.14 | 12:35 UHR



TEILEN



TWITTERN



EINBETTEN

Was ist los in Wien? Das Stadt Magazin widmet sich Events, Kulinarik und Wissenswertem aus der Hauptstadt. Spannend und informativ aufbereitet werden aktuelle Geschichten aus der Metropole präsentiert.

Magazin | 2014

„www.isa-guide.de“, 05.12.2014

Novomatic wird Mehrheitsaktionär bei GiGames

Veröffentlicht am 5. Dezember 2014

Die Novomatic-Gruppe hat über das spanische Tochterunternehmen Novomatic Gaming Spain die Mehrheitsanteile an GiGames erworben.

GiGames und die Conei-Gruppe setzen durch die Zusammenarbeit mit dem Global Player Novomatic darauf, auch in Zukunft das Wachstum im Bereich Fabrikation und Distribution von Gaming Equipment abzusichern sowie das Produktangebot zu erweitern und zu verbessern.

Seitens Novomatic ist man davon überzeugt, dass die langjährige Erfahrung eines lokalen, erfolgreichen Produzenten und Operators wie GiGames/Conei dem Unternehmen helfen wird die Marktposition auf einem der wichtigsten Glücksspielmärkte in Europa auf lange Sicht zu konsolidieren.



DI Ryszard Presch, COO Novomatic AG; Mag. Harald Neumann, CEO Novomatic AG; Josef Segura, Managing Director Conei Group; Prof. Johann F. Graf, Founder and Majority Shareholder Novomatic Group; Juan Lao, Founder and President Conei Group; Mag. Bernhard Teuchmann, Managing Director Novomatic Gaming Spain; Francisco Poveda, Managing Director GiGames.

Quelle: [Novomatic AG](#)

BUSINESS

Novomatic

Glaubenskrieg ums Glück

Die Novomatic AG legt sich mit der Stadt Wien an. Der Konzern will gegen den Willen des Rathauses weiterhin kleines Glücksspiel betreiben.

Von Ashwien Sankholkar

Die Wiener Stadtregerung ist seit Wochenbeginn in Erklärungsnot. Eigentlich sollte das „kleine Glücksspiel“ in Wien mit Jahreswechsel Geschichte sein. Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) und Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (Grüne) hatten ihren Parteifreunden hoch und heilig versprochen: Alle Automaten, die nicht in Casinos mit Bundeslizenzen aufgestellt sind, sollten ab 2015 verboten sein.

Dieses Versprechen wurde gebrochen. Denn der Glücksspielriese Novomatic AG, der rund 1.500 Automaten in der Bundeshauptstadt betreibt, kündigt Widerstand an. „Wir respektieren den Willen des Gesetzgebers, das kleine Glücksspiel in Wien verbieten zu wollen“, sagt Novomatic-Boss Harald Neumann. Jedoch: „Automaten mit rechtskräftigen und gültigen Konzessionsbescheiden werden wir weiterhin betreiben.“

Offenbar haben es Häupl, Vassilakou & Co verabsäumt, das Wiener Veranstaltungsgesetz lückenlos zu novellieren. Während andere Bundesländer einschlägige Gesetzesänderungen vornahmen, gab es in Wien vor allem Ankündigungen. Das sagen nicht nur Novomatic-Manager, sondern die renommierten Verfassungsjuristen Theo Öhlinger und Bernhard Raschauer. Novomatic-Boss Neumann, der Öhlinger und Raschauer beauftragt hat, fasst deren Expertise so zusammen: „Sie kommen unisono zum Ergebnis, dass Bescheide, die auf Grundlage des Wiener Veranstaltungsgesetzes erteilt wurden, über die gesamte Laufzeit der Bescheide gültig sind“ – jedenfalls länger als bis 2015.

„Die Stadtpolitik hat da geschlampt“, ergänzt Uniprofessor Raschauer. Mit dem Glücksspielgesetz 2010 wurde das kleine Glücksspiel zwar zur Ländersache,



HARALD NEUMANN. „Wir respektieren den Willen des Gesetzgebers, das kleine Glücksspiel in Wien verbieten zu wollen“, sagt der Novomatic-Boss. „Automaten mit rechtskräftigen und gültigen Konzessionsbescheiden werden wir weiterhin betreiben.“

KLEINES GLÜCKSSPIEL Eine Wiener Melange

Der Plan, das kleine Glücksspiel in Wien ab 2015 abzuschaffen, gilt als gescheitert. SP-Bürgermeister Michael Häupl und Grüne-Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (i.) haben einen Murks gebaut. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern wurde das Verbot im Landesgesetz nicht ausreichend konkretisiert. Das meinen Theo Öhlinger und Bernhard Raschauer. In ihren Gutachten für Novomatic kommen die Verfassungsjuristen zum Schluss, dass Automaten mit gültigen Bescheiden auch ab 2015 weiterhin betrieben werden dürfen. Novomatic bleiben auf diesem Weg 120 Millionen Euro Umsatz und 1.000 Jobs erhalten. Trostpflaster für Wien: Auch die 55 Millionen Euro an Novomatic-Steuern bleiben dem Stadtbudget.



aber nicht konkret geregelt. Dafür hätten Ländergesetze adaptiert werden müssen. Die Bundesverfassung kenne den Begriff des Rahmengesetzes nicht, erklärt Raschauer: „Zu sagen, das sei verboten, weil das Glücksspielgesetz das so und so vorsieht, ist zu wenig.“ Ohne ein einwandfreies Landesgesetz fehle daher die Grundlage für das Wiener Verbot.

Die vom Landtag zuletzt beschlossene Änderung des Veranstaltungsgesetzes reicht nicht aus, meint auch Öhlinger: „Die Novelle enthält keine Regelung bezüglich bestehender Konzessionen.“ Andere Bundesländer, wie Nieder- und Oberösterreich, haben das sehr wohl gemacht und sogar Übergangsfristen festgelegt. Öhlinger nach Prüfung der Novelle: „Ein ‚automatisches‘ Ende dieser Konzessionen kann auf Grundlage dieses Gesetzes keinesfalls angenommen werden.“ Die Finanzpolizei sei auch nicht befugt, die Vollziehung des Landesgesetzes zu kontrollieren. Damit würde sie ihre Kompetenz überschreiten und Amtshaftungsklagen auslösen. Für die Vorgangsweise der Stadtregerung findet Öhlinger nur ein Wort: „verfassungswidrig“.

Der Glaubenskrieg ums Glück ist damit eröffnet. Denn die Stadt stützt sich ihrerseits auf den Verfassungsdienst im Bundeskanzleramt, wo BKA-Juristin Barbara Trefil zwar Zweifel äußert, das Verbot aber „für vertretbar“ hält.

„Das letzte Wort hat der Verfassungsgerichtshof“, sagt Neumann. Mit Öhlinger und Raschauer an seiner Seite fühlt er sich offenbar ziemlich sicher. |

„Standard“, 04.12.2014

Novomatic beruft sich auf altes Gutachten

Beim Kampf gegen das Automatenverbot in Wien beruft sich Novomatic auf ein Gutachten von Verfassungsjurist Heinz Mayer. Dieses ist aber ein Jahr alt. Laut Mayer ist das Aus für die Automaten jetzt rechtlich gedeckt.

David Krutzler

Wien – Der Streit um das Verbot von Automaten außerhalb von Casinos ab Anfang kommenden Jahres in Wien spitzt sich weiter zu. Wie berichtet hat der Glücksspielkonzern Novomatic angekündigt, das Verbot zu ignorieren und seine rund 1500 Automaten in Wien weiterhin zu betreiben. Schreitet dann die Finanzpolizei ein, die für die Kontrolle des sogenannten „kleinen Glücksspiels“ zuständig ist, will Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof ziehen. Die Argumentation: Man sei im Besitz von aufrechten Länderkonzessionen für den Betrieb der Automaten. Als Beweis für die Erfolgchancen führt der Konzern drei Gutachten von führenden Verfassungsjuristen an.

Einer von ihnen, Heinz Mayer, bestätigt dem STANDARD allerdings, dass er sein Gutachten vor einem Jahr geschrieben habe. Damals sei er zur Erkenntnis gelangt, dass ein Verbot verfassungswidrig sei, sofern Wien keine gesetzliche Neuregelung treffe. „Das ist aber mit dem Beschluss vor einer Woche passiert“, sagt Mayer. Da hatte der Landtag einstimmig beschlossen, den Begriff „Münzgewinnspielapparate“ aus dem Veranstaltungsgesetz zu streichen.

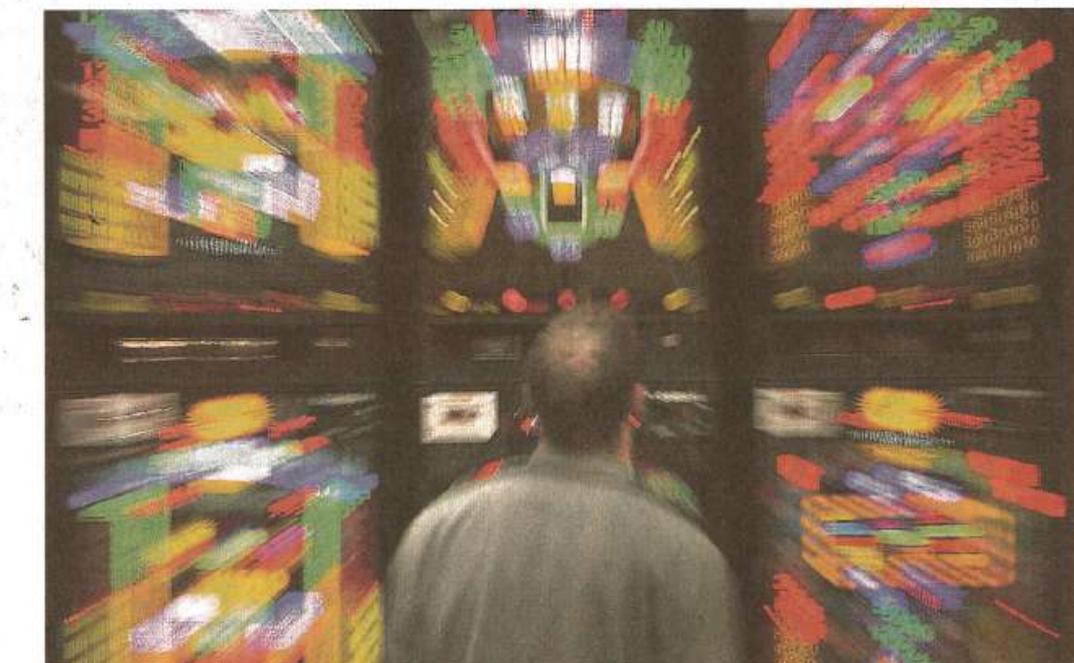


Foto: dpa / digaweb / Marcus Führer

Unternehmen, die ab 2015 außerhalb von lizenzierten Casinos Glücksspielautomaten in Wien betreiben, müssen mit Strafen durch die Finanzpolizei rechnen. Novomatic will dagegen vorgehen.

Mayers Erkenntnis sei also umgesetzt worden. Das Automatenverbot per 1. 1. 2015 kann damit trotz aufrechter Länderkonzessionen in Kraft treten. „Die Änderung der Rechtsgrundlage greift in die Rechtskraft ein“, sagt Mayer. „Gültige Bewilligungsbescheide werden außer Kraft treten.“ Mayer ist seit einem Monat Berater bei der Kanzlei Lansky, Ganzger + Partner, die Novomatic-Konkurrent Casinos Austria vertritt. Für diese wurde Mayer laut Eigenaussage in der Glücksspiel-Causa für Gutachten noch nicht beigezogen.

Auch ein Gutachten des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt soll laut Insidern das Vorgehen der rot-grünen Stadtregierung

unterstützen. Die Verfassungsjuristen Bernhard Raschauer und Theo Öhlinger, die von Novomatic beauftragt wurden, räumen hingegen Betreibern von Glücksspielautomaten bei etwaigen Klagen gute Chancen ein. Die Änderung des Veranstaltungsgesetzes besage, dass künftig keine Konzessionen möglich sind. „Bestehende bleiben davon unberührt“, sagt Öhlinger dem STANDARD.

Derzeit werden rund 2700 Spielautomaten in Wien betrieben. Die Wirtschaftskammer Wien (WKW) bedauerte am Mittwoch das Auslaufen der Genehmigungen. Damit werde laut Josef Bitzinger, Obmann der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft, „das

Gegenteil von dem erreicht, was erreicht werden soll: Kein Ende, sondern nur eine Verdrängung in die Illegalität beziehungsweise in den Online-Spielmarkt wird die traurige Folge sein“.

Auch an einer anderen Front hat Novomatic zu kämpfen. Der Konzern erhielt zwar eine Lizenz, seine Automatenspielstätte im Prater zu einem Vollkasino auszubauen – die Casinos Austria haben dagegen aber Beschwerde eingelegt. Darüber muss das Bundesverwaltungsgericht entscheiden. Kundige gehen davon aus, dass es eine Entscheidung erst Anfang 2015 geben dürfte. Was heißt, dass Novomatic seine Spielstätte im Prater vorerst schließen müsste.

Glücksspiel. Wien hat das Kleine Glücksspiel an Automaten ab 1. 1. 2015 verboten. Die Betreiber pochen auf ihre aufrechten Konzessionen. Ein spannender Rechtsstreit ist programmiert.

Automatenverbot verfassungswidrig?

VON HEDI SCHNEID

Wien. Der Finanzpolizei steht ein arbeitsreicher Jahresbeginn bevor: 1500 Glücksspielautomaten betreibt allein die Novomatic in Wien, in Summe stehen in Spielhallen, Tankstellen und Gasthäusern der Bundeshauptstadt 2700 einarmige Banditen. Um diese muss - und will - sich die Finanzpolizei, die es bisher nur auf die rund 700 illegalen Geräte abgesehen hatte, kümmern. Denn die bisher legalen Slotmaschinen sind ab 1. 1. 2015 illegal - nach Ansicht der Stadt Wien. Sie hat mit der Novelle zum Veranstaltungsgesetz das 2011 beschlossene Verbot des Kleinen Glücksspiels ab 2015 besiegelt.

Die Novomatic und die im Automatenverband vertretenen Betreiber sehen das freilich ganz anders. Sie sind der Ansicht, dass ihre einst auf Basis des Wiener Veranstaltungsgesetzes erteilten Konzessionen bis zum Ende der Laufzeit gültig sind - also zum Teil bis 2017 oder sogar unbefristet darüber hinaus. Sie stützen sich mit dieser Meinung auf die drei renommierten Verfassungsjuristen Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer, die im Auftrag der Novomatic drei unabhängige Gutachten erstellt haben. Die Wirtschaftskammer Wien spricht von einem „inakzeptablen Eingriff in bestehende Unternehmerrechte“.

Damit ist eine auch für Juristen äußerst spannende gerichtliche Auseinandersetzung programmiert: Novomatic-Chef Harald Neumann und der Automatenverband haben angekündigt, dass sie auch weiterspielen und, sobald nur ein Automat beschlagnahmt wird, Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) einreichen.

Finanzpolizei will durchgreifen

Die im Finanzministerium angesiedelte Finanzpolizei will indes die Wiener Gesetzeslage vollziehen. Die Palette der Sanktionen reicht von einer Verwarnung über Beschlagnahmung und Einziehung bis zu Betriebsschließungen und Verwaltungsstrafverfahren, wobei die Strafe bis zu 22.000 Euro pro Automat reicht.

Die Ausgangslage ist „einfach kompliziert“: Mit dem Glücksspielgesetz 2010 wurde auch das Kleine



Beim Streit um das Automatenspiel in Wien geht es auch um viel Geld.

[APA]

Glücksspiel an Automaten ab 2015 geregelt: Der Einsatz wurde von 50 Cent auf zehn Euro und die maximale Ausschüttung von 20 auf 10.000 Euro pro Spiel angehoben. Parallelsysteme, wie sie bisher möglich und üblich sind, sind dann verboten. Was noch wichtiger ist: Das Automatenspiel außerhalb von Spielbanken wurde in die Länderkompetenz übergeben. Das heißt, dass die Bundesländer eigene Landesgesetze mit Detailbestimmungen (Anzahl der Konzessionenhalter und Automaten) mit Übergangsfristen erlassen.

Das haben Niederösterreich, Oberösterreich, die Steiermark und Kärnten (dort gibt es nach einer Revision eine Neuausschreibung)

sowie nun das Burgenland gemacht. In Wien fehlt ein solches Landesgesetz. Stattdessen hat die rot-grüne Stadtregierung schon im Jahr 2011 ein Verbot aller Automaten ab 1. 1. 2015 erlassen - ohne Übergangsregelung.

Die Unternehmen pochen nicht nur auf Rechtssicherheit, es geht ihnen auch um viele Millionen Umsatz und tausende Arbeitsplätze. Allein der Novomatic würden gut 120 Mio. Euro Umsatz entgehen, und es stehen 1000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Raschauer, Öhlinger und Mayer verweisen in ihren Expertisen darauf, dass allein aufgrund des Bundesgesetzes zum Glücksspiel niemand eine Konzession für eine

landesrechtliche Bewilligung erhalten kann. Daher kann allein aufgrund des Bundesgesetzes keine bestehende Landeskonzession entzogen werden. Weiters sei eine Aufhebung (Derogation) des Wiener Veranstaltungsgesetzes durch das Glücksspielgesetz ausgeschlossen, da es dafür keinerlei verfassungsrechtliche Grundlage gebe.

Der Knackpunkt besteht laut Raschauer darin, dass der Bund im Glücksspielgesetz (Paragraf 5) für das Automatenpiel eine Rahmengesetzgebung erfunden hat. Die Bundesverfassung kenne aber den Begriff des Rahmengesetzes nicht.

In dieselbe Kerbe schlägt Novomatic-Anwalt Walter Schwartz: Der Bund habe im Glücksspielgesetz die Vorgabe gemacht, dass die Länder eigene Gesetze erlassen - in Wien sei das nicht erfolgt. Daran ändere auch die Novelle zum Veranstaltungsgesetz nichts. „Bundes- und Landesgesetz sind nicht verbunden“, verweist Schwartz auf eine Aussage des legendären Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Walter Antonioli.

Verfassungsdienst ambivalent

Interessant ist dazu die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts, die der „Presse“ vorliegt. Da heißt es: „Aus dem Konzept der Rechtskraft von Bescheiden ergibt sich, dass zur Gewährleistung von Rechtssicherheit zwischen Normunterworfenen und Behörde eine rechtskräftig erteilte Konzession auch bei einer nachträglichen Änderung der Rechtslage nicht eo ipso ihre normative Qualität verliert.“

Es heißt dann allerdings auch: „Angesichts der gesetzlichen Anordnung (dass Automaten längstens bis 31. Dezember 2014 betrieben werden dürfen, Anm.) begegnet die Rechtsansicht des Bundesministeriums für Finanzen, wonach die Landeskonzessionen nach Ablauf der Übergangsfrist nicht mehr ausreichend seien und ein Weiterbetrieb somit konsenslos erfolgen würde, aus der Sicht des Verfassungsdienstes keinen Bedenken.“

Fest steht jedenfalls: Sollten die Betreiber gewinnen, wovon die Verfassungsexperten und Schwartz ausgehen, wäre die Stadt Wien schadenersatzpflichtig.

RECHTVERFASSUNG

Glücksspiel: Der Streit um das Automatenverbot

Wien hat das Kleine Glücksspiel an Automaten ab 1. Jänner 2015 verboten. Die Betreiber, darunter der Glücksspielkonzern Novomatic, pochen auf ihre aufrechten Konzessionen, unter Aufbringung dreier Gutachten. Die Finanzpolizei will die Wiener Gesetzeslage aber vollziehen. Ein spannender Rechtsstreit ist programmiert.

Der Finanzpolizei steht ein arbeitsreicher Jahresbeginn bevor: 1500 Glücksspielautomaten betreibt allein die Novomatic in Wien, in Summe stehen in Spielhallen, Tankstellen und Gasthäusern der Bundeshauptstadt 2700 einarmige Banditen. Um diese muss – und will – sich die Finanzpolizei, die es bisher nur auf die rund 700 illegalen Geräte abgesehen hatte, kümmern. Denn die bisher legalen Slotmaschinen sind ab 1. Jänner 2015 illegal – nach Ansicht der Stadt Wien. Sie hat mit der Novelle zum Veranstaltungsgesetz das 2011 beschlossene Verbot des Kleinen Glücksspiels ab 2015 besiegelt.

Die Novomatic und die im Automatenverband vertretenen Betreiber sehen das freilich ganz anders. Sie sind der Ansicht, dass ihre einst auf Basis des Wiener Veranstaltungsgesetzes erteilten Konzessionen bis zum Ende der Laufzeit gültig sind – also zum Teil bis 2017 oder sogar unbefristet darüber hinaus. Sie stützen sich mit dieser Meinung auf die drei renommierten Verfassungsjuristen Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer, die im Auftrag der Novomatic drei unabhängige Gutachten erstellt haben. Die Wirtschaftskammer Wien spricht von einem „inakzeptablen Eingriff in bestehende Unternehmerrechte“.

Damit ist eine auch für Juristen äußerst spannende gerichtliche Auseinandersetzung programmiert: Novomatic-Chef Harald Neumann und der Automatenverband haben angekündigt, dass sie auch weiterspielen und, sobald nur ein Automat beschlagnahmt wird, Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) einreichen.

Finanzpolizei greift durch. Die im Finanzministerium angesiedelte Finanzpolizei will indes die Wiener Gesetzeslage vollziehen. Die Palette der Sanktionen reicht von einer Verwarnung über Beschlagnahmung und Einziehung bis zu Betriebsschließungen und Verwaltungsstrafverfahren, wobei die Strafe bis zu 22.000 € pro Automat beträgt. Die Ausgangslage ist „einfach kompliziert“: Mit dem Glücksspielge-

setz 2010 wurde auch das Kleine Glücksspiel an Automaten ab 2015 geregelt: Der Einsatz wurde von 50 Cent auf zehn € und die maximale Ausschüttung von 20 auf 10.000 € pro Spiel angehoben. Parallelspiele, wie sie bisher möglich und üblich sind, sind dann verboten. Was noch wichtiger ist: Das Automatenpiel außerhalb von Spielbanken wurde in die Länderkompetenz übergeben. Das heißt, dass die Bundesländer eigene Landesgesetze mit Detailbestimmungen (Anzahl der Konzessionshalter und Automaten) mit Übergangsfristen erlassen.

Das haben Niederösterreich, Oberösterreich, die Steiermark und Kärnten (dort gibt es nach einer Revision eine Neuausschreibung) sowie nun das Burgenland getan. In Wien fehlt ein solches Landesgesetz. Stattdessen hat die rot-grüne Stadtregierung schon im Jahr 2011 ein Verbot aller Automaten ab 1. Jänner 2015 erlassen – ohne Übergangsregelung.

Viele Millionen Umsatz. Die Unternehmen pochen nicht nur auf Rechtssicherheit, es geht ihnen auch um viele Millionen € Umsatz und Tausende Arbeitsplätze. Allein der Novomatic würden gut 120 Millionen € Umsatz entgehen, und es stehen 1000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Raschauer, Öhlinger und Mayer verweisen in ihren Expertisen darauf, dass allein aufgrund des Bundesgesetzes zum Glücksspiel niemand eine Konzession für eine landesrechtliche Bewilligung erhalten kann. Daher kann allein aufgrund des Bundesgesetzes keine bestehende Landeskonzession entzogen

werden. Weiters sei eine Aufhebung (Derogation) des Wiener Veranstaltungsgesetzes durch das Glücksspielgesetz ausgeschlossen, da es dafür keinerlei verfassungsrechtliche Grundlage gebe. Der Knackpunkt besteht laut Raschauer darin, dass der Bund im Glücksspielgesetz (Paragraf 5) für das Automatenpiel eine Rahmengesetzgebung erfunden hat. Die Bundesverfassung kenne aber den Begriff des Rahmengesetzes nicht.

In dieselbe Kerbe schlägt Novomatic-Anwalt Walter Schwartz: Der Bund habe im Glücksspielgesetz die Vorgabe gemacht, dass die Länder eigene Gesetze erlassen – in Wien sei das nicht erfolgt. Daran ändere auch die Novelle zum Veranstaltungsgesetz nichts.

„Bundes- und Landesgesetz sind nicht verbunden“, verweist Schwartz auf eine Aussage des legendären Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Walter Antonioli.

Verfassungsdienst ambivalent. Interessant ist dazu die Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Bundeskanzleramts, die der „Presse“ vorliegt.

Darin heißt es: „Aus dem Konzept der Rechtskraft von Bescheiden ergibt sich, dass zur Gewährleistung von Rechtssicherheit zwischen Normunterworfenen und Behörde eine rechtskräftig erteilte Konzession auch bei einer nachträglichen Änderung der Rechtslage nicht eo ipso ihre normative Qualität verliert.“ Es heißt dann allerdings auch: „Angesichts der gesetzlichen Anordnung (dass Automaten längstens bis 31. Dezember 2014 betrieben werden dürfen, Anm.) begegnet die Rechtsansicht des Bundesministeriums für Finanzen, wonach die Landeskonzessionen nach Ablauf der Übergangsfrist nicht mehr ausreichend seien und ein Weiterbetrieb somit konsenslos erfolgen würde, aus der Sicht des Verfassungsdienstes keinen Bedenken.“

Fest steht jedenfalls: Sollten die Betreiber gewinnen, wovon die Verfassungsexperten und Schwartz ausgehen, wäre die Stadt Wien schadenersatzpflichtig. (dp)

”

Der Bund hat die Vorgabe gemacht, dass die Länder eigene Gesetze erlassen

WALTER SCHWARTZ
RECHTSANWALT



„Standard online“, 03.12.2014

Wiener Glücksspielverbot: Streit um Auslegung

In Sachen Spielautomaten stehen die Zeichen in Wien auf Sturm: Im Jänner tritt das Verbot des kleinen Glücksspiels in Kraft. Laut dem größten Anbieter, der Firma Novomatic, ist dieses Vorgehen rechtswidrig

Frage: Vergangene Woche wurde das Verbot des kleinen Glücksspiels im Wiener Gemeinderat beschlossen. Was bedeutet das?

Antwort: Ab 1. Jänner 2015 ist das Betreiben von Spielautomaten außerhalb von Kasinos untersagt. Spielautomaten, die nach dem Jahreswechsel etwa in Gaststätten oder Wettbüros stehen, sind ab diesem Zeitpunkt illegal - obwohl der Stadt, wie kolportiert wird, dadurch jährlich 55 Millionen Euro an Steuereinnahmen entgehen. Ein klares Verbot wurde nicht beschlossen, sondern vielmehr nur der Begriff "Münzgewinnspielapparate" aus dem Veranstaltungsgesetz gestrichen, womit laut Experten alle Konzessionen mit Jahresende 2014 automatisch erlöschen. Nun gibt es unterschiedliche Auffassung darüber, ob die neue Regelung rechtlich hält. Denn etliche Konzessionen wurden ursprünglich über das Jahr 2014 hinaus erteilt. Laut dem Büro der zuständigen Stadträtin Ulli Sima (SP) sind rund 2900 Automaten (900 Konzessionen) betroffen, die aber nicht alle von der Firma Novomatic betrieben werden.



Glücksspiel bringt Betreibern hohe Einnahmen und Ländern hohe Steuergelder. Entsprechend hart wird der Konflikt um Wiens Verbot ausgetragen.

foto: apa/georg hochmuth

Frage: Was sagen die anderen Spielautomateninhaber zu der Wiener Gesetzesänderung?

Antwort: Wie Novomatic kündigen auch sie im Fall von Automatenbeschlagnahmen Klagen an. Laut der Finanzpolizei sind solche Maßnahmen ab Jänner in Wien nicht unwahrscheinlich.

Frage: Warum kritisieren Verfassungsexperten die neue Regelung?

Antwort: Weil es - so etwa Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer - verfassungswidrig sei, "rechtskräftige und aufrechte Konzessionsbescheide" durch eine Gesetzesänderung zu untersagen. Ein solches Verbot verstoße gegen die Erwerbs- und Niederlassungsfreiheit und stehe dem Recht auf Eigentum entgegen. Im Auftrag von Novomatic hat Raschauer ein Gutachten erstellt. Auch der nicht im Firmenauftrag agierende Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk räumt einer Klage gegen das Wiener Spielautomatenverbot beim Verfassungsgerichtshof Erfolgchancen ein. Um haltbar zu sein, müssten einer solchen Gewerbefreiheitsbeschränkung stärkere öffentliche Interessen als im konkreten Fall entgegenstehen.

Frage: Wie kam es zu dem Verbot?

Antwort: Das Aus des kleinen Glücksspiels wurde beim Parteitag der SPÖ Wien 2011 besiegelt. Eine knappe Mehrheit stimmte für den von der Sektion 8 eingebrachten Antrag. Auch die Grünen setzten sich jahrelang für das Ende des kleinen Glücksspiels ein.

Frage: Warum wurde das kleine Glücksspiel überhaupt verboten?

Antwort: Alleine in Wien gibt es bis zu 50.000 akut Spielsüchtige und Spielsuchtgefährdete. In Wien ist der Anteil der Betroffenen höher als in anderen Bundesländern. Laut der Studie "Glücksspiel und Spielerschutz in Österreich" aus dem Jahr 2011 - durchgeführt vom Hamburger Zentrum für interdisziplinäre Suchtforschung im Auftrag der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung - wird Spielautomaten im Vergleich zu klassischen Lotterierprodukten ein besonders starkes Suchtpotenzial zugeschrieben.

Frage: Wie ist die gesetzliche Regelung in anderen Bundesländern?

Antwort: In Salzburg, Tirol und Vorarlberg gibt es ein eindeutiges landesgesetzliches Verbot des kleinen Glücksspiels. Legal ist es weiterhin in Niederösterreich, der Steiermark, Kärnten, dem Burgenland und Oberösterreich.

Frage: Warum ist der Umgang mit dem kleinen Glücksspiel nicht bundesgesetzlich geregelt wie etwa der Kasinobetrieb?

Antwort: Weil es vor der Glücksspielgesetzesnovelle 2010 in verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedliche Zugänge zum kleinen Glücksspiel gab - was vielfach auch gezieltem Lobbyismus der Firma Novomatic zugeschrieben wurde. Seit 2010 ist der Umgang mit Spielautomaten Ländersache, doch nur in fünf Ländern wurde inzwischen ein entsprechendes Rahmengesetz verabschiedet. In Wien zum Beispiel nicht - und dieser Umstand ist nun ein gewichtiges rechtliches Argument der Verbotgegner.

Frage: Was sagen die in Wien Verantwortlichen zu der Ankündigung von Novomatic, klagen zu wollen?

Antwort: Sima beruft sich auf den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts und jenen der Stadt. Beide gingen davon aus, dass die Rechtskonstruktion korrekt sei und auch vor dem Verfassungsgerichtshof halten werde. Auch David Ellensohn von den Grünen zeigte sich unbeeindruckt: "Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen." (Irene Brickner, Rosa Winkler-Hermaden, DER STANDARD, 3.12.2014)

„Wiener Bezirkszeitung“, 03.12.2014

OURHOUSE

CHILLIGE XMAS-LOUNGE MIT SHOPPING-ERLEBNIS
FÜR EINEN GUTEN ZWECK IM NOVOMATIC FORUM IM
ERSTEN BEZIRK IN WIEN.

5. DEZEMBER 17.00-24.00 UND 6. DEZEMBER 10.00-22.00 UHR



Lassen Sie mit uns das Schneegestöber vor der Tür und genießen Sie Xmas-Shopping in warmer, launiger und chilliger Atmosphäre bei Café, Snacks und Cocktails

ourHouse design. charity. offeriert eine erlesene Auswahl an Produkten und Marken für Ihr Shopping-Vergnügen, wie hochwertiger Schmuck von Juwelier Berghammer, edle Designermode von True You, stylische und bequeme High-Heels von Softstepheels, Pflegeprodukte von Österreichs erstem Beauty-Labor First Skinlab, La Petite Coquette: Lingerie to kill for, professionelles Nail-Design von Beauty4You, Prints von Peryd Shou, Spezialitäten von Delikatessa, erlesene Weine von Weingut Karasek, Blumen-Design von Blumen Art, strahlender Teint und straffe Haut mit Bellinde & Womenspirit, Tartata - die französische Patisserie,

Petit Pain - Ihr Brötchen, sorgenfreier Genuss mit Easy-going Bakery u.v.m. Ein Teil des Reinerlöses kommt dem Verein „Licht für die Welt“ zugute. Auch für Entertainment haben wir gesorgt: Soundkulisse von Superfly, Tanzperformance von Raul Macias, Snacks, Café & Cocktails von Chef Party Catering, Living Dolls von Face.Fashion., Moderation durch Florian Winkler.

Unsere Partner sorgen für weitere Highlights: Milka, Mondial Reisen, WIENER und WIENERIN, Superfly, Wiener Bezirkszeitung, Vanguardist, Fotodesign Christian Mikes, event-designer.at, Friedrich VDV, Werbegrafik SHW u.v.m.

Für dieses einzigartige Shopping-Charity-Party-Event verlosen WIENER und ourHouse 5 x 2 VIP-Tickets mit Snack und Drink. Jetzt mitmachen auf wiener-online.at



powered by  **WIENER**

SPECIAL!

Unsere ourHouse-Angels helfen Ihnen, die passenden Weihnachtsgeschenke zu finden. Die ersten 100 Gäste erhalten ein cooles Goodie-Bag.

Streit um Auslegung des Wiener Glücksspielverbots

In Sachen Spielautomaten stehen die Zeichen in Wien auf Sturm: Im Jänner tritt das Verbot des kleinen Glücksspiels in Kraft. Laut dem größten Anbieter, der Firma Novomatic, ist dieses Vorgehen rechtswidrig.

Irene Brickner
Rosa Winkler-Hermaden

Frage: Vergangene Woche wurde das Verbot des kleinen Glücksspiels im Wiener Gemeinderat beschlossen. Was bedeutet das?

Antwort: Ab 1. Jänner 2015 ist das Betreiben von Spielautomaten außerhalb von Kasinos untersagt. Spielautomaten, die nach dem Jahreswechsel etwa in Gaststätten oder Wettbüros stehen, sind ab diesem Zeitpunkt illegal – obwohl der Stadt, wie kolportiert wird, dadurch jährlich 55 Millionen Euro an Steuereinnahmen entgehen. Ein klares Verbot wurde nicht beschlossen, sondern vielmehr nur der Begriff „Münzgewinnspielapparate“ aus dem Veranstaltungsgesetz gestrichen, womit laut Experten alle Konzessionen mit Jahresende 2014 automatisch erlöschen. Nun gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die neue Regelung rechtlich hält. Denn etliche Konzessionen wurden ursprünglich über das Jahr 2014 hinaus erteilt. Laut dem Büro der zuständigen Stadträtin Ulli Sima (SP) sind rund 2900 Automaten (900 Konzessionen) betroffen, die aber nicht alle von der Firma Novomatic betrieben werden.

Frage: Was sagen die anderen Spielautomateninhaber zu der Wiener Gesetzesänderung?

Antwort: Wie Novomatic kündigen auch sie im Fall von Automatenbeschlagnahmen Klagen an. Laut der Finanzpolizei sind solche Maßnahmen ab Jänner in Wien nicht unwahrscheinlich.

Frage: Warum kritisieren Verfassungsexperten die neue Regelung?

Antwort: Weil es – so etwa Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer – verfassungswidrig sei, „rechtskräftige und aufrechte Konzessionsbescheide“ durch eine Gesetzesänderung zu untersagen. Ein solches Verbot verstoße gegen die Erwerbs- und Niederlassungsfreiheit und stehe dem Recht auf Eigentum entgegen. Im Auftrag von Novomatic hat Raschauer ein Gutachten erstellt. Auch der nicht im Firmenauftrag agierende Verfassungsrechtler Bernd-Christian Funk räumt einer Klage gegen das Wiener Spielautomaten-

tenverbot beim Verfassungsgerichtshof Erfolgchancen ein. Um haltbar zu sein, müssten einer solchen Gewerbebefreiungsbeschränkung stärkere öffentliche Interessen als im konkreten Fall entgegenstehen.

Frage: Wie kam es zu dem Verbot?

Antwort: Das Aus des kleinen Glücksspiels wurde beim Parteitag der SPÖ Wien 2011 besiegelt. Eine knappe Mehrheit stimmte für den von der Sektion 8 eingebrachten Antrag. Auch die Grünen setzten sich jahrelang für das Ende des kleinen Glücksspiels ein.

Frage: Warum wurde das kleine Glücksspiel überhaupt verboten?

Antwort: Allein in Wien gibt es bis zu 50.000 akut Spielsüchtige und Spielsuchtgefährdete. In Wien ist der Anteil der Betroffenen höher als in anderen Bundesländern. Laut der Studie „Glücksspiel und Spielerschutz in Österreich“ aus dem Jahr 2011 – durchgeführt vom

Hamburger Zentrum für interdisziplinäre Suchtforschung im Auftrag der Österreichischen Arbeitsgemeinschaft Suchtvorbeugung – wird Spielautomaten im Vergleich zu klassischen Lotterierprodukten ein besonders starkes Suchtpotenzial zugeschrieben.

Frage: Wie ist die gesetzliche Regelung in anderen Bundesländern?

Antwort: In Salzburg, Tirol und Vorarlberg gibt es ein eindeutiges landesgesetzliches Verbot des kleinen Glücksspiels. Legal ist es weiterhin in Niederösterreich, der Steiermark, Kärnten, im Burgenland und in Oberösterreich.

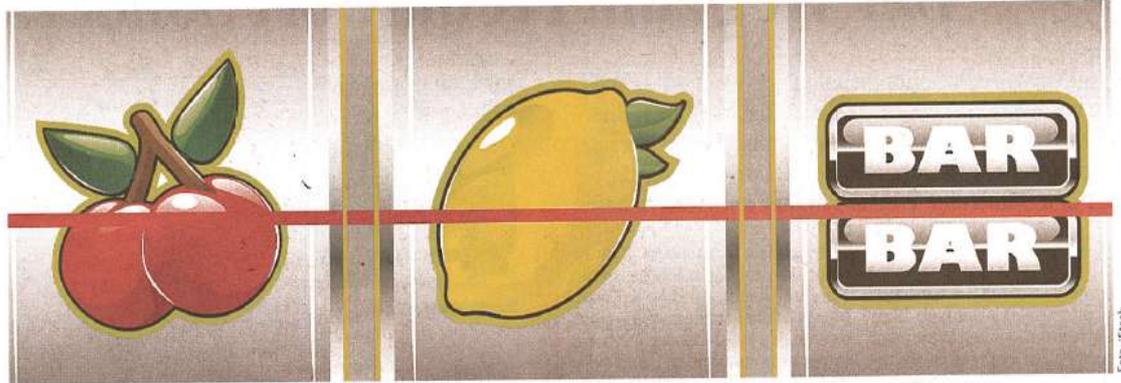
Frage: Warum ist der Umgang mit dem kleinen Glücksspiel nicht bundesgesetzlich geregelt wie etwa der Kasinobetrieb?

Antwort: Weil es vor der Glücksspielgesetzesnovelle 2010 in verschiedenen Bundesländern sehr unterschiedliche Zugänge zum kleinen Glücksspiel gab – was

vielfach auch gezieltem Lobbyismus der Firma Novomatic zugeschrieben wurde. Seit 2010 ist der Umgang mit Spielautomaten Ländersache, doch nur in fünf Ländern wurde inzwischen ein entsprechendes Rahmengesetz verabschiedet. In Wien zum Beispiel nicht – und dieser Umstand ist nun ein gewichtiges rechtliches Argument der Verbotsgegner.

Frage: Was sagen die in Wien Verantwortlichen zu der Ankündigung von Novomatic, klagen zu wollen?

Antwort: Sima beruft sich auf den Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts und jenen der Stadt. Beide gingen davon aus, dass die Rechtskonstruktion korrekt sei und auch vor dem Verfassungsgerichtshof halten werde. Auch David Ellensohn von den Grünen zeigte sich unbeeindruckt: „Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen.“



Glücksspiel bringt Betreibern hohe Einnahmen und Ländern hohe Steuergelder. Entsprechend hart wird der Konflikt um Wiens Verbot ausgetragen.

„Wiener Zeitung“, 03.12.2014

Stadt Wien warnt Novomatic vor Illegalität

Wien. Der Glücksspielkonzern Novomatic legt sich frontal mit der Stadt Wien an. Trotz Verbots ab Neujahr will der Konzern seine umstrittenen Spielautomaten weiterlaufen lassen. Novomatic stützt sich auf drei Gutachten von Verfassungsrechtlern. Diese besagen, dass Konzessionen, die vom Land vergeben wurden und über 2014 hinaus gültig sind, nicht von dem Verbot tangiert werden.

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima (SPÖ) warnt Novomatic davor, sich in die „Illegalität“ zu begeben. Pro beschlagnahmten Automaten drohe eine Strafe von 22.000 Euro. Der grüne Klubchef David Ellensohn meint, man lasse sich nicht einschüchtern. Die Stadtregierung bezieht sich unter anderem auf ein Gutachten des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt, der gegen das Aus der Automaten „keine Bedenken“ hegt. Das Gutachten liegt der „Wiener Zeitung“ vor. ■



Die Automatenhalle von Novomatic im Prater muss ab Jahreswechsel mit Besuch der Finanzbehörden rechnen. Foto: Stanislav Jenis

Novomatic geht All-in

Glücksspielriese will Wiener Automatenverbot ignorieren – riskiert Beschlagnahmung seiner Geräte.

Von Clemens Neuhold

Wien. Lange hat Novomatic im Poker um das Wiener Automatenverbot seine Karten sortiert und mit dem nächsten Zug gewartet. Nun geht der weltweit tätige Automatenriese All-in.

Die Ansage: Novomatic wird seine über 1000 Wiener Automaten weiterlaufen lassen und das Verbot ignorieren. Der Konzern stützt sich dabei auf drei Rechtsgutachten, die besagen, dass laufende Konzessionen für einarmige Banditen nicht vom Verbot tangiert sind. Die Antwort der Stadt Wien folgt prompt: „Man hat das Gefühl: Sie glauben, für sie gilt der Rechtsstaat nicht“, sagt die zuständige Stadträtin Ulli Sima zur APA. Es müsse dem Glücksspielkonzern bewusst sein, dass

er sich damit in die Illegalität begeben und pro beschlagnahmten Automaten eine Strafe von bis zu 22.000 Euro in Kauf nehmen: „Ich halte es für ein fatales Signal, die gesetzgebenden Körperschaften zu übergehen.“

„Sehen Klagen gelassen“

Ähnlich der Koalitionspartner der SPÖ in der Wiener Stadtregierung: „Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen“, richtete der grüne Klubchef David Ellensohn aus. Natürlich sei Novomatic nicht glücklich darüber, auf Einnahmen in mehrstelliger Millionenhöhe verzichten zu müssen, „aber wir sind überzeugt, dass mit der Spielsucht kein Geschäft gemacht werden soll“. Die Einhal-

tung des Verbots werde ab Jahresbeginn von der Finanzpolizei, die in die Zuständigkeit des Finanzministeriums fällt, kontrolliert. Sima kündigte heute allerdings Unterstützung seitens der Stadt an.

Auf Nachfrage im Finanzministerium heißt es: „Ab 1. Jänner drohen Verwarnungen, dann Beschlagnahmungen, Einziehungen, Betriebsschließungen und Verwaltungsverfahren.“ Bei Zuwiderhandeln folge ein Schritt relativ rasch auf den anderen. Aus Sicht des Ministeriums sei die Rechtslage „völlig klar“, da die Übergangsfrist bis zum Aus der Automaten mit 4,5 Jahren ausreichend lange gedauert hätte.

Die verfassungsrechtlichen Bedenken von Novomatic und etwaige Gerichtsverfahren würden „das Agieren der Finanzpolizei

nicht beeinträchtigen“. Zur Gefahr von Enteignungen – nichts anderes wäre eine „Einziehung“ – meint Novomatic: „Wir sehen uns auf Basis der rechtskräftigen und aufrechten Konzessionsbescheide im Recht und vertrauen auf den Rechtsstaat.“

Die Finanzpolizei, das Ministerium und die Stadtpolitik stützen sich unter anderem auf ein Gutachten des Verfassungsdienstes im Bundeskanzleramt. Es liegt der „Wiener Zeitung“ vor. Darin heißt es mit Bezug auf die Deadline für die Landes-Konzessionen mit 31. 12. 2014: „Angesichts dieser gesetzlichen Anordnung begegnet die Rechtsansicht (...), wonach die Landeskonzessionen nach Ablauf der geregelten Übergangsfrist nicht mehr ausreichend seien und ein Weiterbe-

trieb somit konsenslos erfolgen würde, aus Sicht des Verfassungsdienstes keinen Bedenken.“

Im Gutachten wird ein eigenes Landesgesetz empfohlen, um die Vorgehensweise rechtlich abzusichern. Dieser Empfehlung leistete der Landtag vergangene Woche einstimmig Folge. Zumindest ein Rechtsgutachten von Novomatic, jenes von Verfassungsrechtler Heinz Mayer, hat diesen Umstand noch nicht berücksichtigt. Laut Mayer ist es ein Jahr alt. Ob sich durch das neue Gesetz etwas in der Einschätzung ändert, kann Mayer nicht beantworten. Er habe die jüngsten Ereignisse nicht verfolgt. Novomatic meint hingegen: „An dieser eindeutigen Rechtsansicht ändert auch die am 27. 11. 2014 beschlossene Novelle nichts.“

Auch Casino-Poker offen

Seit Ende Oktober ist Mayer übrigens Berater bei der Kanzlei Lansky, Ganzer + partner. Dabei handelt es sich um die Kanzlei der Casinos Austria. Casinos Austria und Novomatic liegen im rechtlichen Clinch wegen der Casino-Lizenzen. Casinos fallen unter das große Glücksspiel im Unterschied zum kleinen Glücksspiel mit den Automaten. In den Casinos dürfen neben Roulette-Tischen etc. weiterhin Automaten stehen.

Novomatic gewann zwei neue Lizenzen für die Automatenhalle im Wiener Prater und Bruck/Leitha. Ein Jackpot. Die Casinos Austria gingen leer aus und erhoben Einspruch. Der verzögert die Vergabe der Lizenzen. Hier liegt des Pudels Kern begraben: Novomatic betreibt nämlich alleine im Prater-Casino 400 Automaten. Ohne Lizenz für das große Glücksspiel müsste der Betrieb für Monate ruhen. Das Casino „Monte Laa“ im Böhmisches Prater (200 Automaten) müsste Neujahr sperren. Für 80 Admiral-Wettcafés sind Automaten wichtige Umsatzbringer.

Im zweiten Poker um die Casino-Lizenzen hat Novomatic noch immer ein unschlagbares Blatt. Allerdings könnte Gegner Casinos Austria den Aufstand Novomatics gegen die Automaten-Politik der Stadt nutzen, um seine Karten im Lizenz-Poker noch zu verbessern. Nur eines scheint fix: 2015 fallen die Würfel endgültig. ■

Betreiber sind kämpferisch

WIEN. Nach der Ankündigung von Novomatic, ab 1. Jänner mit Klagen auf etwaige Beschlagnahmungen von Automaten zu reagieren, kündigen nun auch andere Betreiber an, ihre Automaten stehen zu lassen. „Die allermeisten werden stehen bleiben“, sagt Helmut Kafka, Sprecher des Automatenverbandes. (apa)

„Heute“, 03.12.2014

Glücksspielgesetz: Automatenbetreiber will es ignorieren Novomatic drohen 22.000 € Strafe pro Spielautomat!

Novomatic will (wie berichtet) auf das Glücksspielgesetz pfeifen und einarmige Banditen weiter betreiben. 520 Finanzpolizisten werden mit voller Härte durchgreifen, kündigt das Ministerium an.

Zuerst wird verwarnt, dann plombiert, dann das Gerät eingezogen, dann das Lokal geschlossen und ein Verfahren er-



Ab 1. 1. sind 3.000 Automaten verboten.

öffnet. Strafen von bis zu 22.000 € pro Verstoß drohen – so schaut der Stufenplan der Finanzpolizei für all jene aus, die nach dem 31. 12. in Wien weiterhin einarmige Banditen betreiben.

Novomatic und einige kleinere Betreiber schüchtert das nicht ein. Sie wollen ihre rund 1.500 Spielautomaten nicht entfernen. Ihrer Meinung nach haben sie gültige Konzessionen für die nächsten Jahre. „Es ist seit 2010

bekannt, dass die Lizenzen auslaufen. An dieses Gesetz muss man sich halten“, ist Stadträtin Uli Sima befremdet. „In Wien wird mit Spielsucht kein Geschäft gemacht“, bekräftigt Grünen-Chef David Ellensohn.

Von Anna Thalhammer

Für die laufenden Verfahren zur Kasinolizenzvergabe für Novomatic (Prater, Bruck a. d. Leitha) hätte es aber keine Konsequenz, wenn Automaten illegal betrieben würden. „Das sind zwei paar Schuhe“, heißt es aus dem Finanzministerium. ■

Kleines Glücksspiel: Finanz wird ab 1. Jänner „scharf kontrollieren“



Ab 1. Jänner dürfen außerhalb von Casinos keine Glücksspiel-Automaten mehr aufgestellt werden. Die Glücksspiel-Lobby geht dagegen vor

VON ELIAS NATMESSNIG

Wien.

Novomatic will die Automaten trotz Verbots weiter betreiben. Die Stadt reagiert empört.

2011 überzeugte der rote Parteirebell Niki Kowall von der SPÖ vom Aus des kleinen Glücksspiels. Während es Kowall beruflich ins Ausland zieht (siehe Interview Seite 4), wird es in Wien rund ums Glücksspiel richtig brutal. Novomatic-Chef Harald Neumann will beim Verfassungsgerichtshof gegen das dro-

hende Aus für das kleine Glücksspiel ab 1. Jänner 2015 vorgehen und kündigte an, die Automaten weiter zu betreiben.

Die zuständige Stadträtin Ulli Sima (SPÖ) zeigt sich befremdet über das Vorgehen der Glücksspielfirma. Immerhin begeben sich Novomatic damit in die Illegalität: „Kein Konzern kann sagen: Das Gesetz ist mir wurscht. Ich erwarte mir, dass sie den Rechtsstaat akzeptieren“, sagt Sima zum KURIER. Auch der grüne Klubchef David Ellensohn ist verärgert. „Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen“, sagt Ellensohn. Klar sei

Novomatic nicht glücklich über den Einnahmenverlust. „Wir sind aber überzeugt, dass mit Spielsucht kein Geschäft gemacht werden soll.“

Kontrollen ab 1. Jänner Zuständig für die Überprüfung des Glücksspielgesetzes ist die Finanzpolizei. „Es gibt eine Rechtslage, die ab 1. Jänner gilt und aus unserer Sicht völlig klar ist“, sagt ein Sprecher des Finanzministeriums. Deswegen werde ab 1. Jänner auch scharf kontrolliert. „Es drohen Verwarungen, Beschlagnahmungen, Einziehungen, Betriebschließungen und Verwaltungsstrafen.“ Pro Automat können bis zu 22.000 Euro Strafe verhängt werden.

Wie berichtet, dürfen ab 1. Jänner nur noch in den drei Wiener Casinos (Kärntner Straße, Prater und Palais Schwarzenberg) einarmige Banditen aufgestellt werden. Insider bezweifeln daher, ob die derzeitige Strategie von Novomatic wohlüberlegt ist. Novomatic bekam die Lizenz zum Betreiben eines Casinos im Prater zugesprochen. Die staatlichen Casinos Austria fochten den Entschluss allerdings an. Würde das Vergabeverfahren neu aufgerollt, hätte Novomatic schlechtere Chancen.

„Denn wer vergibt eine Lizenz an eine Firma, die Dutzende Verwaltungsstrafen in dem Bereich hat“, sagt ein hoher Rathausbeamter.

Die große Not und das kleine Glück

Die Stadt verbietet das kleine Glücksspiel. Ein seltenes

Lehrstück vom Sieg der Demokratie über das Geld

KOMMENTAR:
FLORIAN KLENK

Man kann der rot-grünen Stadtregierung für diesen Entschluss gar nicht oft genug danken: Angetrieben vom soeben nach Deutschland ausgewanderten SPO-Denker Nikolaus Kowall (Sektion 8) hat sie vergangene Woche beschlossen, den Wildwuchs an Glücksspielautomaten zu stoppen.

Es wird, so das Versprechen, außerhalb von großen (und kontrollierten) Spielhallen keine einarmigen Banditen mehr geben. Spielsüchtige werden ihren Monatslohn nicht mehr an jeder Ecke verlieren und ihre Familien in die Not reißen können.

Man könnte dieses vergleichsweise kleine kommunalpolitische Gesetz auf einer Randspalte vermelden. In Wahrheit steckt dahinter ein Lehrstück in Sachen Demokratie – und ein publizistischer Erfolg unserer Zeitung.

Sieben Jahre lang haben wir die Leidensgeschichten einer wachsenden Schar zerstörter Spieler dokumentiert und die dubiosen Geschäftspraktiken der Glücksspiellobby aufgedeckt. Im Zentrum der Kritik stand ein politisch bestens vernetzter Gumpoldskirchner Weltkonzern: die Novomatic.

Im Jahr 2007 hat der Falter das erste Mal über das sogenannte „kleine Glücksspiel“ und Novomatic-Chef „Professor“ Johann Graf berichtet. Die Anwälte von Spielern gaben uns Einblicke in die Strafkasse des Konzerns. Die „Novo“ stand damals im Verdacht, in Wien flächendeckend verbo-

tenes Glücksspiel zu betreiben – und zwar mit gefinkelten Automaten, die das Glücksspielgesetz elegant auspielten. Ein engagierter Kriminalbeamter aus St. Pölten, Franz Marton, arbeitete sich in das Thema ein, er traf V-Leute und Spieler, Gutachter und Suchtforscher. Irgendwann aber biss er auf Granit. Die Novomatic, schrieb er in seinen Akt, habe einen „Schutzwall“ errichtet, um sich vor dem Zugriff von Behörden und Politikern zu schützen. Die Wiener SPO-Rebellen

Der Autor ist
Chefredakteur
des Falter



der Sektion 8 haben diesen und andere Berichte gelesen und die Initiative ergriffen.

Das Problem: Das Gesetz erlaubte den einfachen Leuten das „kleine Glücksspiel“. Im Würstelprater ein paar Münzen einwerfen, ein paar Münzen gewinnen. So war das gedacht.

Die Novomatic aber verteilte sogenannte „Gaminatoren“ über die ganze Stadt. Ihr „kleines Glücksspiel“ konnte mithilfe der Maschinen in wenigen Sekunden ablaufen. Der Schutzzweck des Gesetzes wurde ad absurdum geführt, wie Polizisten und Finanzbehörden kritisierten.

Die Staatsanwaltschaft stellte alle 300 von Amts wegen eingeleiteten

Strafverfahren ein. Der Konzern habe das Gesetz eingehalten.

Die Politiker an der Parteispitze jubelten weiter über das Geld, das die Gaminatoren in die Budgets spülten. Nur die Grätzelpolitiker an der Basis protestierten. Denn ganze Straßenzüge wurden mit diesen elenden Glücksspielkammerln zerstört. Die sozialen Folgekosten wurden der Gemeinschaft übertragen.

Die Novomatic konnte die Debatte steuern. Sie verdient Milliarden und

Die Anliegen der Spielsüchtigen haben sich gegenüber einem Milliardenkonzern ein bisschen durchgesetzt

verschafft in Gumpoldskirchen tausenden Österreichern einen Job. Kritik an dem Konzern war in den Boulevardzeitungsredaktionen und Großparteien nicht wirklich gewünscht.

Wer es mit der Novomatic zu tun bekam, sah ein Wesen mit vielen Köpfen. Manche Häupter lächelten wohlwollend. Die Novomatic inszenierte sich in ihrem Novomatic-Forum als weltoffener und liberaler Mäzen: Der ORF bekam Millionen für Ö1 und „Dancing Stars“, Zeitungen druckten Jubelonderseiten, sogar die Heute-Boxen trugen das Logo der Novomatic-Tochter Admiral.

Aber wehe, das spendable Unternehmen wurde von Journalisten oder

Politikern kritisiert, da setzte es Drohungen und Klagen. ORF-Redakteure wissen das ebenso wie die Anwälte des Falter oder viele der Spieler, die sich in den Zeitungen und in ORF-Sendungen zu Wort meldeten.

Kritische Berichterstattung über das Glücksspiel fand nur schaumgebremst statt. Politiker – etwa die damalige niederösterreichische Landesrätin Christa Kranzl –, die sich dem Konzern in den Weg stellten, wurden mit Klagen bedroht oder von der regierenden ÖVP niedergemacht.

Politik, Behörden und Medien hatten nicht mehr die Res publica im Sinn oder zumindest die Nöte der horrend anwachsenden Zahl an Spielsüchtigen, sondern die Interessen eines Konzerns, der geschickt lobbiierte. Und vielleicht sogar schmierte.

Noch immer untersucht die Staatsanwaltschaft Wien, ob Novomatic vielleicht auch den damaligen Finanzminister Karl-Heinz Grassler bestochen hat. Zwei Millionen Euro flossen an dessen Freunde. Bestechung? Sowohl Grassler als auch der bei einer Razzia gefilzte Ex-Novomatic-Boss Franz Wohlfahrt bestreiten dies.

Die Novomatic hatte ein liberales Glücksspielgesetz bekommen. In Wien scheinen sich nun die Anliegen der Spielsüchtigen gegenüber den Interessen des Geldes durchzusetzen.

Das ist doch einmal eine schöne Nachricht. Zumindest vorerst. Denn die Novomatic kündigte – drei Verfassungsrechtler zur Hand – bereits an, den Beschluss des Gemeinderats zu bekämpfen. Wir bleiben dran. ■

Das Glück, das Vogerl, der Käfig

Ein Spieler wird wegen seiner Spielsucht eingesperrt. Er bittet in der Haft um Therapie. Und bekommt sie nicht. Warum?

REPORTAGE:
BENEDIKT NARODOSLAWSKY

Vor vier Jahren sperrte sich Man Lamy im Grazer Augarten in einen Käfig. Immer wieder hatte er Geld in die tönenden und blinkenden Spielautomaten geworfen, die ihn in ihren Bann gezogen hatten. Mit seiner Performance wollte der spielsüchtige Künstler das eigene „Nichtlassenkönnen“ zeigen. Er nannte die Kunstaktion „Lamy vs Novomatic“. Ein Spielsüchtiger gegen den größten Glücksspielkonzern Österreichs. Es klang ein bisschen wie David gegen Goliath.

Heute sitzt Lamy wieder hinter Gittern, in der Justizanstalt Graz-Jakomini. Drei mal vier Meter für ihn und seinen Zellengenossen, einen Brandstifter. Ein Stockbett, ein Tisch, hinter der Tür eine Klomuschel und ein Waschbecken. Lamy hat den Kampf gegen seine Sucht verloren. Im Frühling brauchte er wieder Geld für den Automaten. Er hob vom Konto seiner damaligen Freundin ab, stahl ihre Kreditkarte, Schadenssumme: 20.000 Euro. Er sagt, er habe sie nicht beklauen wollen, er wollte sich das Geld bloß borgen. Das „magische Denken“ in seinem Kopf sagte ihm, er gewinne alles wieder doppelt zurück. Der Richter verurteilte ihn zu sechs Jahren Haft.

Sechs Jahre. Tag für Tag 23 Stunden in der kleinen Zwei-Mann-Zelle. Ausblick auf den Hof und den Trakt gegenüber. Eine Stunde Aufenthalt im Freien. Sechs Jahre für die Folgen seiner Spielsucht, einer psychischen Erkrankung. „Ich will mich verbessern und meine Krankheit loswerden, sie besiegen“, sagt Lamy. Deshalb hat er im Gefängnis eine Therapie gegen Spielsucht beantragt. Doch die gewährt ihm die Vollzugsverwaltung nicht. Das Ziel der Haft, die Resozialisierung, steht in Frage.

Lamy fürchtet, wieder rückfällig werden. So wie früher. Er saß bereits vier Jahre wegen Diebstahls, von 2006 bis 2010. Die gleiche Geschichte, derselbe Fehler, dieselbe Sucht. Die Zeit sei während der Haft wie ausgeblen-



„Ich will mich verbessern und meine Krankheit loswerden, sie besiegen“
Man Lamy, Künstler

2010 war es Kunst, heute ist es real: Der spielsüchtige Künstler Man Lamy sitzt hinter Gittern

FOTO:
J. J. KUČEK

det, erklärt Lamy. „Am selben Tag, an dem ich rausgekommen bin, bin ich gleich wieder spielen gegangen.“ Wegen der Neugierde.

Wieviel kriminelle Spieler wie Lamy gibt es? Die Spielsuchthilfe kann Antwort geben. Sie ist die älteste Spielsucht-Organisation in Österreich, sie erhebt laufend Daten über ihre Klienten, verfügt über die aussagekräftigste Statistik.

2012 wurden 566 spielsüchtige Klienten befragt. Die Schicksale in nackten Zahlen: Vier von fünf Spielsüchtigen haben Spielschulden. Jeder fünfte hat seinen Arbeitsplatz verloren. Fast jeder sechste wurde kriminell, um seine Spielsucht finanzieren zu können. Und jeder 20. hat bereits Vorstrafen wegen seiner Spielsucht kassiert.

Mit dem persönlichen Leid hinter diesen Zahlen hat Elisabeth Gizicki-Merkinger täglich zu tun. Sie lenkt einen weißen Kleintransporter durch die Straßen von Brunn am Gebirge, einem Ort an der Grenze zu Wien. Früher brauchte sie den Bus, um ihren gehbehinderten Mann zu chauffieren. Heute dient er Spielsüchtigen, die delogiert werden oder für die Gizicki-Merkinger wieder eine Wohnung gefunden hat, zum Übersiedeln.

2006 hat sie mit ihrem Mann – einem ehemaligen Spieler – eine Organisation für Spielsüchtige in Brunn aufgebaut, die Selbsthilfegruppe Anonyme Spieler. 300 Klienten betreut die Selbsthilfegruppe im Jahr. 30 davon, schätzt Gizicki-Merkinger, waren bereits im Knast. Auch sie klagt: „Es gibt in den meisten Haftanstalten überhaupt keine Therapie, die auf Spielsucht spezialisiert ist.“

Das Problem wird klar, wenn man sich in die Lage ihrer Klienten versetzt. Der Schuldenberg, den sie vor Haftantritt aufgebaut haben, ist geblieben. Das Suchtverhalten ebenso. Die Hoffnung, seine Schulden durch Spielen zu tilgen, triggert die Spielsucht. „Die Rückfälle sind sofort wieder da“, sagt Gizicki-Merkinger. Der Kreislauf: Spielsucht, Eigentumsdelikte, Betrügereien, Gefängnis. „Im letzten Jahr vor der Entlassung sollte es unbedingt eine spezielle Thera-

pie für Spieler geben“, fordert Gizicki-Merkinger.

Corinna Obrist arbeitet als Psychologin in der Justizanstalt Wien-Favoriten und gilt im Vollzug als Suchtexpertin. Spielsüchtige seien gegenüber Drogensüchtigen vom Gesetz her noch immer diskriminiert, erklärt sie. Richter dürfen nach dem Suchtmittelgesetz Therapien anordnen. Allerdings nur an Drogensüchtige. Spielsüchtige bleiben Therapien verwehrt. „Das ist sicher ein Problem“, sagt Obrist, „und das zahlt man dann halt auch.“

Der Schaden durch den Diebstahl, die Kosten für die Haft, die Sozialhilfe für die Not gestürzten Familien – all das kommt die Gesellschaft teuer, meint auch der spielsüchtige Häftling Man Lamy. Das stehe „in keiner Relation zu den Kosten einer erfolgreichen Therapie“. Aber um das Therapieangebot für Spielsüchtige zu erweitern, brauchte es den politischen Willen. Und damit auch mehr Geld für den Vollzug.

Am Ende könnte der Einsatz für die Republik ein Jackpot sein. ☛

„APA“, 03.12.2014

Novomatic will trotz Verbot weiterhin Automaten in Wien aufstellen

Utl.: Novomatic will trotz Verbot weiterhin Automaten in Wien aufstellen. Verfassungsrechtsexperten halten Verbot für nicht durchsetzbar.

Wien (OTS) - Der Spielautomatenkonzern Novomatic will offensichtlich ein Verbot von Glücksspielautomaten in Wien ignorieren. Sie haben Gutachten vorgelegt wonach angeblich das Verbot nicht rechtlich durchsetzbar wäre. Novomatic argumentiert auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. Aber ist der Schaden nicht viel größer durch die Automaten?

Zwtl.: Tausende Familien vom Glücksspiel ruiniert

Tatsache ist jedoch, das die explosionsartige Vermehrung von kleinen Glücksspiellokalen in Wien zu großen Problemen geführt hat. Die Zahl der Spielsüchtigen ist rasant angestiegen. Ganze Familien werden durch die Spielsucht ihrer Angehörigen ins Unglück gestürzt.

Zwtl.: Verbot von kleinem Glücksspiel muss durchgesetzt werden

Dazu Roman Umschweif vom Konsumentenschutz Verband Österreich: "Das Problem liegt doch auf der Hand. Bei den Spielautomaten werden Spielsüchtige Monat für Monat ausgenommen. Dadurch werden tausende Betroffene finanziell in den Ruin getrieben. Am Schluss muss die Allgemeinheit diese Personen wieder auffangen. Der Volkswirtschaftliche Schaden ist enorm. Auch die Anrainer solcher Glücksspiellokale sind meist sehr unglücklich über die Szenen welche sich oft im Nahfeld der Betriebe Tag und Nacht abspielen. Daher fordert der Konsumentenschutz Verband Österreich das Verbot des kleinen Glücksspieles in ganz Österreich."

„APA“, 03.12.2014

Spielcasino-Fusion in Lettland abgeschlossen

Utl.: Marktführer Olympic legte Töchter zusammen - Aus für Altea-Casinos

Tallinn/Riga (APA) - Der estnische Spielcasino-Marktführer Olympic Entertainment Group (OEG) hat seine Tochterunternehmen in Lettland zusammengelegt. Der erst im Jahr 2013 erworbene Konkurrent Altea verschwindet damit als eigenständige Kette.

Die bereits Ende Mai angekündigte und nun mehr abgeschlossene Maßnahme sei eine "Strukturbereinigung" innerhalb des Konzerns, hieß es in einer Börsenmitteilung der OEG am Mittwoch in Tallinn. Die österreichische Novomatic ist auf dem Markt im Baltikum und insbesondere in Lettland ebenfalls stark präsent.

„APA“, 03.12.2014

Novomatic will trotz Verbot weiterhin Automaten in Wien aufstellen

Utl.: Novomatic will trotz Verbot weiterhin Automaten in Wien aufstellen. Verfassungsrechtsexperten halten Verbot für nicht durchsetzbar. =

Wien (OTS) - Der Spielautomatenkonzern Novomatic will offensichtlich ein Verbot von Glücksspielautomaten in Wien ignorieren. Sie haben Gutachten vorgelegt wonach angeblich das Verbot nicht rechtlich durchsetzbar wäre. Navomatic argumentiert auch mit dem Verlust von Arbeitsplätzen. Aber ist der Schaden nicht viel größer durch die Automaten?

Zwtl.: Tausende Familien vom Glücksspiel ruiniert

Tatsache ist jedoch, das die explosionsartige Vermehrung von kleinen Glücksspiellokale in Wien zu großen Problemen geführt hat. Die Zahl der Spielsüchtigen ist rasant angestiegen. Ganze Familien werden durch die Spielsucht ihrer Angehörigen ins Unglück gestürzt.

Zwtl.: Verbot von kleinem Glücksspiel muss durchgesetzt werden

Dazu Roman Umschweif vom Konsumentenschutz Verband Österreich: "Das Problem liegt doch auf der Hand. Bei den Spielautomaten werden Spielsüchtige Monat für Monat ausgenommen. Dadurch werden tausende Betroffene finanziell in den Ruin getrieben. Am Schluss muss die Allgemeinheit diese Personen wieder auffangen. Der Volkswirtschaftliche Schaden ist enorm. Auch die Anrainer solcher Glücksspiellokale sind meist sehr unglücklich über die Szenen welche sich oft im Nahfeld der Betriebe Tag und Nacht abspielen. Daher fordert der Konsumentenschutz Verband Österreich das Verbot des kleinen Glücksspieles in ganz Österreich."

„Lottery Insider“, 02.12.2014

Novomatic Americas Announces Key Appointment

CHICAGO, Illinois (December 1, 2014) -- Industry veteran Rick Meitzler is to accelerate NOVOMATIC's US market presence, bringing his four decades of success and experience in the gaming industry to help 'put NOVOMATIC firmly on the map'.

Novomatic Americas, LLC today announced the appointment of industry veteran Rick Meitzler to the position of Vice President of North American Sales.

Rick brings 36 years of gaming industry experience to his new role, having previously held key positions for several major manufacturers in the US. His enthusiasm for his new role within the NOVOMATIC family is boundless and, as he commented: "*NOVOMATIC Americas' complete line of gaming products such as the new Dominator cabinet shown at G2E in Las Vegas, together with the brand's success stories from all across the globe, now makes us ready to make a huge impact in North American markets. I look forward to taking these ground breaking products to market very soon and I already know that US operators are more than keen to see and try them. NOVOMATIC has such a proud reputation in the global gaming industry and, of course, the huge advantage of the innovation and direction skills of its founder and owner, Professor Johann F. Graf. I regard it as a great honour for me to be asked to play a significant part in what I am certain will be major success story across America.*"

Meitzler, who will be based in Chicago, IL, joins NOVOMATIC after 3 years at Bally Technologies, where he was Director of Sales in the Midwest USA, including the Illinois VGT market. Previously, he helped bring Ainsworth Game Technologies into the North American market as the Senior Vice President of North American Operations. He spent his first 30 years in various engineering and sales roles for Bally Technologies.

CEO of Novomatic Americas, Jens Halle, commented enthusiastically on this new appointment: "*We are all absolutely delighted to welcome Rick Meitzler to this crucial position. I have known him, as both a former colleague and a personal friend, for many years and I am extremely happy that he has agreed to take up this key appointment. Rick is extremely well respected throughout the industry and he brings a wealth of knowledge and experience to NOVOMATIC as we now more aggressively pursue key North American markets.*"

Austrian Gaming Industries GmbH (AGI) a 100-percent subsidiary of NOVOMATIC AG (www.novomatic.com) is an integrated global gaming company specializing in the design, development, manufacturing, distribution and sales of electronic gaming machines and advanced technology products. As Europe's leading manufacturer AGI delivers one of the broadest product ranges in the industry.

The NOVOMATIC Group is one of the biggest producers and operators of gaming technologies and one of the largest integrated gaming companies in the world. The group employs more than 19.000 staff worldwide (2,700 in Austria). Founded by entrepreneur Prof. Johann F. Graf, the group has locations in 43 countries and exports high-tech electronic gaming equipment to 80 countries. The group operates more than 215,000 gaming machines in its about 1,400 plus traditional and electronic casinos as well as via rental concepts. Part of the group is also Admiral Sportwetten GmbH, Austria's leading sports betting operator with more than 200 outlets as well as the Vienna based online gaming specialist Greentube Internet Entertainment Solutions GmbH.

SOURCE: Novomatic

„APA“, 02.12.2014

Kleines Glücksspiel - Stadt Wien: Novomatic übergeht Rechtsstaat

Utl.: Sima: Rechtskonstruktion korrekt - Ellensohn: Lassen uns von Drohungen nicht einschüchtern - Glücksspielkonzern erwägt Gang vor Verfassungsgerichtshof

Gumpoldskirchen/Wien (APA) - Die gestrige Androhung von Novomatic-Chef Harald Neumann, vor den Verfassungsgerichtshof zu ziehen, sollte wegen der mit Anfang 2015 wirksamen neuen Regelung des Kleinen Glücksspiels in Wien einer seiner Automaten beschlagnahmt werden, lässt die Stadt offenbar kalt. Die zuständige Stadträtin Ulli Sima (SPÖ) zeigte sich aber "befremdet" und warf dem Unternehmen vor, den Rechtsstaat zu übergehen.

Novomatic setze sich - sollten die Automaten tatsächlich mit 1. Jänner 2015 nicht verschwunden sein - über die Gesetze hinweg, übte Sima am Dienstag im APA-Gespräch scharfe Kritik an Novomatic: "Man hat das Gefühl: Sie glauben, für sie gilt der Rechtsstaat nicht." Es müsse dem Glücksspielkonzern bewusst sein, dass er sich damit in die Illegalität begeben und pro beschlagnahmtem Automat eine Strafe von bis zu 22.000 Euro in Kauf nehmen: "Ich halte es für ein fatales Signal, die gesetzgebenden Körperschaften zu übergehen."

Zum Hintergrund: Die rot-grüne Stadtregierung hat sich - nach längerer SPÖ-interner Debatte - vor geraumer Zeit für ein Aus für das Automatenenspiel abseits von Casinos, also für das Verbot des sogenannten Kleinen Glücksspiels, entschieden. Konkret laufen alle gültigen Lizenzen mit Ende 2014 aus. Dafür wurde in der Vorwoche mit der Änderung des Veranstaltungsgesetzes ein letzter formaler Beschluss im Landtag gefasst.

Novomatic kündigte nun an, sich nicht an das Verbot halten zu wollen. Das Unternehmen sieht sich juristisch im Recht und hat drei Rechtsgutachten bekannter Verfassungsrechtler vorgelegt. Eine der Grundaussagen: Aufrechte Konzessionsbescheide seien für ihre gesamte Laufzeit gültig - also auch über Anfang Jänner 2015 hinaus. Laut Novomatic laufen einige der Automatenlizenzen bis 2017.

Zusätzlich orten die Fachleute einen juristischen Fehler, da Wien es verabsäumt habe, ein eigenes Landesgesetz zusätzlich zum Rahmengesetz des Bundes zu schaffen - woran auch die Novellierung des Veranstaltungsgesetzes nichts ändere. Die Bundesverfassung kenne aber den Begriff "Rahmengesetz" gar nicht. Sobald also der erste Spielautomat im kommenden Jahr beschlagnahmt werde, wende man sich an den Verfassungsgerichtshof, so die Drohung des milliardenschweren Konzerns.

Sima zeigte sich davon unbeeindruckt. Sowohl der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts als auch jener der Stadt gingen davon aus, dass die Rechtskonstruktion korrekt sei und auch vor dem Höchstgericht halten werde. Insofern sehe sie keinen Handlungsbedarf.

Ähnlich der Koalitionspartner: "Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen", richtete der grüne Klubchef David Ellensohn via Aussendung aus. Natürlich sei Novomatic nicht glücklich darüber, auf Einnahmen in mehrstelliger Millionenhöhe verzichten zu müssen, "aber wir sind überzeugt, dass mit der Spielsucht kein Geschäft gemacht werden soll". Die Einhaltung des Verbots wird ab Jahresbeginn von der Finanzpolizei, die in die Zuständigkeit des Bundes fällt, kontrolliert. Sima kündigte heute allerdings Unterstützung seitens der Stadt an.

„APA“, 02.12.2014

Kleines Glücksspiel - Automatenverband: Meiste werden stehen bleiben

Utl.: Klagen werden bereits vorbereitet - Finanzpolizei will auch ab 1. Jänner "Gesetzeslage vollziehen"

Wien (APA) - Nach der Ankündigung des Glücksspielkonzerns Novomatic, ab 1. Jänner mit Klagen auf etwaige Beschlagnahmungen von Automaten zu reagieren, kündigen nun auch andere Betreiber an, ihre Automaten stehen zu lassen. "Die allermeisten werden stehen bleiben", erklärte Helmut Kafka, Sprecher des Automatenverbandes am Dienstag gegenüber der APA. Die Finanzpolizei will dagegen weiter regulär kontrollieren.

"Klagen werden auf jeden Fall kommen, da scharren schon eine ganze Reihe von Anwälten", betonte Kafka. Er rechnet mit verschiedenen Verfahren gegen die Stadt Wien. Knackpunkt dabei: Rechtlich ist das Automatenenspiel seit der Novellierung des Glücksspielgesetzes (GSpG) Sache des Bundes. Die bisherigen Genehmigungen für die Geräte basieren aber noch auf Landesgesetzen - diese sollen nun auch in Wien mit Ende 2014 endgültig auslaufen. Die Stadt novellierte dazu extra vor wenigen Tagen ihr Veranstaltungsgesetz.

Anders sieht das in den Augen des Automatenverbandes aus: Die Landeskonzessionen hätten ihre Gültigkeit nicht verloren, betonte Kafka. Und diese laufen zum Teil noch mehrere Jahre. Daher würden auch die Automaten bleiben - ein Beschluss, der schon weit vor der Novomatic-Ankündigung gefallen sei. Auch Novomatic argumentiert so: Aufrechte Konzessionsbescheide seien für ihre gesamte Laufzeit gültig - also auch über Anfang Jänner 2015 hinaus. Zudem ortet der Glücksspielkonzern auch juristische Fehler in der Landesgesetzgebung.

Für die Finanzpolizei, die für die Kontrolle des Kleinen Glücksspiels in Wien zuständig ist, ändert diese Diskussion derzeit nichts. "Es gibt eine klare Gesetzeslage, diese werden wir ab 1. Jänner vollziehen", hieß es auf APA-Anfrage aus dem Finanzministerium. Jeder Fall sei dabei natürlich individuell zu beurteilen, grundsätzlich reiche die Palette der Sanktionen aber von der Verwarnung über Beschlagnahmungen und Einziehungen bis hin zu Betriebsschließungen und Verwaltungsstrafverfahren. Bundesweit sind für die Finanzpolizei 520 Beamte im Einsatz.

„APA“, 02.12.2014

Grüne Wien/Ellensohn: Drohungen der Glücksspiel-Lobby erschüttern uns nicht

Wien (OTS) - "Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen. Sowohl der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts als auch jener der Stadt Wien bestätigen uns, dass auf Grund der bundesgesetzlichen Regelung von 2010 mit Ende des heurigen Jahres alle Konzessionen ihre Gültigkeit verlieren", so der Klubobmann der Grünen Wien, David Ellensohn, anlässlich des Getöses des Glücksspiel-Betreibers zur Abschaffung des kleinen Glücksspiels in Wien.

"Natürlich ist die Novomatic nicht glücklich darüber, dass ihr Einnahmen in mehrstelligen Millionenhöhen entgehen, aber wir sind überzeugt, dass mit der Spielsucht kein Geschäft gemacht werden soll. Wer an **Automaten** spielen will, kann das zukünftig immer noch an den drei Casino-Standorten in Wien, wo der SpielerInnenschutz hoffentlich umfassend gewährleistet ist. Und nicht an jeder Ecke, wo Jugendliche ungehindert ihr Geld verzocken können, wie wir bei Lokalausweisen feststellen mussten", schließt Ellensohn.

„www.lsb-berlin.net“, 02.12.2014

SPIELBANK BERLIN VERGIBT 2014 ERSTMALS
MANFRED VON RICHTHOFEN
SOLIDARITÄTSPREIS



Solidaritätspreis soll in Not geratenen Sportlern und Vereinen helfen

Bei der Gala zur Berliner Sportlerwahl des Jahres 2014 wird am 13. Dezember 2014 erstmals der „Manfred von Richthofen Solidaritätspreis“ verliehen. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis soll in Not geratenen Sportlern und Vereinen helfen und wird gestiftet von der Berliner Spielbank, an der Manfred von Richthofen seit ihrer Gründung 1975 beteiligt war.

Der Preis erinnert an den ehemaligen Hockeyspieler und großen Sportfunktionär Manfred von Richthofen, der im Mai dieses Jahres im Alter von 80 Jahren in seiner Heimatstadt Berlin verstorben war. Mit ihm verlor der Deutsche Sport einen seiner wichtigsten Vertreter. In allen Funktionen als Sportfunktionär – Präsident des Landessportbundes Berlin, Präsident des Deutschen Sportbundes oder als Ehrenpräsident des Deutschen Olympischen Sportbundes – galt seine Aufmerksamkeit auch den Sportarten und Sportlern, die nicht so sehr im Rampenlicht stehen. Besonders den Breitensport förderte er, wo er konnte.

Dafür nutzte Manfred von Richthofen auch die Spielbank Berlin, zu deren Gründungsgesellschaftern er gehörte. Er sorgte immer dafür, dass beachtliche Teile des Erlöses in die Sportförderung floss. „Der Tod von Manfred von Richthofen war und ist für uns ein schwerer Verlust. Wir haben vor allem auch einen Freund verloren“, sagt Günter Münstermann, Geschäftsführer der Spielbank. „Deshalb wollen wir das Andenken an Manfred von Richthofen mit dem Solidaritätspreis bewahren.“ Wer Manfred von Richthofen kannte, weiß, wie sehr er die Solidarität unter Sportlern schätzte, sie selbst immer wieder anbot und auch von anderen einforderte.

Der „Manfred von Richthofen Solidaritätspreis“ wird erstmals am 13. Dezember 2014 im Rahmen der Berliner Sportlerwahl des Jahres im Estrel Convention Center verliehen. Über die Vergabe des Preises entscheidet jedes Jahr eine Jury. Überreicht wird der Preis 2014 durch Reinhard von Richthofen und Dr. Franz Wohlfahrt, Vorstandsvorsitzender Novomatic AG (Hauptgesellschafter Spielbank Berlin).

Der Preis ist verbunden mit einem von der Porzellanmanufaktur KPM produzierten Brandenburger Tor. Auch dies ist eine kleine Hommage an Manfred von Richthofen, dem Berlin und die Einheit Deutschlands sein Leben lang besonders am Herzen lagen.

„www.diepresse.com“, 02.12.2014

Stadt Wien: Novomatic am Weg in die Illegalität



Bild: APA/GEORG HOCHMUTH

Der Glücksspielkonzern will sich nicht an das ab 2015 geltende Automatenverbot halten. Pro beschlagnahmtem Automat droht eine Strafe von bis zu 22.000 Euro.

Die **gestrige Androhung von Novomatic-Chef Harald Neumann**, vor den Verfassungsgerichtshof zu ziehen, sollte wegen der mit Anfang 2015 wirksamen neuen Regelung des Kleinen Glücksspiels in Wien einer seiner Automaten beschlagnahmt werden, löst der Stadt Wien heftige Kritik aus. "Man hat das Gefühl: Sie glauben, für sie gilt der Rechtsstaat nicht", sagte die zuständige Stadträtin Uli Sima. Sollten die Automaten tatsächlich mit 1. Jänner 2015 nicht verschwunden sein, müsse dem Glücksspielkonzern bewusst sein, dass er sich damit in die Illegalität begeben. Pro beschlagnahmtem Automat droht Novomatic eine Strafe von bis zu 22.000 Euro: "Ich halte es für ein fatales Signal, die gesetzgebenden Körperschaften zu übergehen."

Zum Hintergrund: Die rot-grüne Stadtregierung hat sich - nach längerer SPÖ-interner Debatte - vor geraumer Zeit für ein Aus für das Automatenspiel abseits von Casinos, also für das Verbot des sogenannten Kleinen Glücksspiels, entschieden. Konkret laufen alle gültigen Lizenzen mit Ende 2014 aus. Dafür wurde in der Vorwoche mit der Änderung des Veranstaltungsgesetzes ein letzter formaler Beschluss im Landtag gefasst.

Novomatic stützt sich auf drei Gutachten

Novomatic kündigte nun an, sich nicht an das Verbot halten zu wollen. Das Unternehmen sieht sich juristisch im Recht und hat drei Rechtsgutachten bekannter Verfassungsrechtler vorgelegt. Eine der Grundaussagen: Aufrechte Konzessionsbescheide seien für ihre gesamte Laufzeit gültig - also auch über Anfang Jänner 2015 hinaus. Laut Novomatic laufen einige der Automatenlizenzen bis 2017.

Auch andere Betreiber kündigen an, ihre Automaten stehen zu lassen. "Die allermeisten werden stehen bleiben", erklärte Helmut Kafka, Sprecher des Automatenverbandes am Dienstag. Die Finanzpolizei will dagegen weiter regulär kontrollieren. "Klagen werden auf jeden Fall kommen, da scharren schon eine ganze Reihe von Anwälten", betonte Kafka. Er rechnet mit verschiedenen Verfahren gegen die Stadt Wien.

Zusätzlich orten die Fachleute einen juristischen Fehler, da Wien es verabsäumt habe, ein eigenes Landesgesetz zusätzlich zum Rahmengesetz des Bundes zu schaffen - woran auch die Novellierung des Veranstaltungsgesetzes nichts ändere. Die Bundesverfassung kenne aber den Begriff "Rahmengesetz" gar nicht. Sobald also der erste Spielautomat im kommenden Jahr beschlagnahmt werde, wende man sich an den Verfassungsgerichtshof, so die Drohung des milliardenschweren Konzerns.

Grüne unterstützen Koalitionspartner

Sima zeigte sich davon unbeeindruckt und bekommt auch Unterstützung vom Wiener Koalitionspartner. "Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen", richtete der grüne Klubchef David Ellensohn via Aussendung aus. Natürlich sei Novomatic nicht glücklich darüber, auf Einnahmen in mehrstelliger Millionenhöhe verzichten zu müssen, "aber wir sind überzeugt, dass mit der Spielsucht kein Geschäft gemacht werden soll". Die Einhaltung des Verbots wird ab Jahresbeginn von der Finanzpolizei, die in die Zuständigkeit des Bundes fällt, kontrolliert. Sima kündigte heute allerdings Unterstützung seitens der Stadt an.

„Kurier“, 02.12.2014

Novomatic pokert um Wien

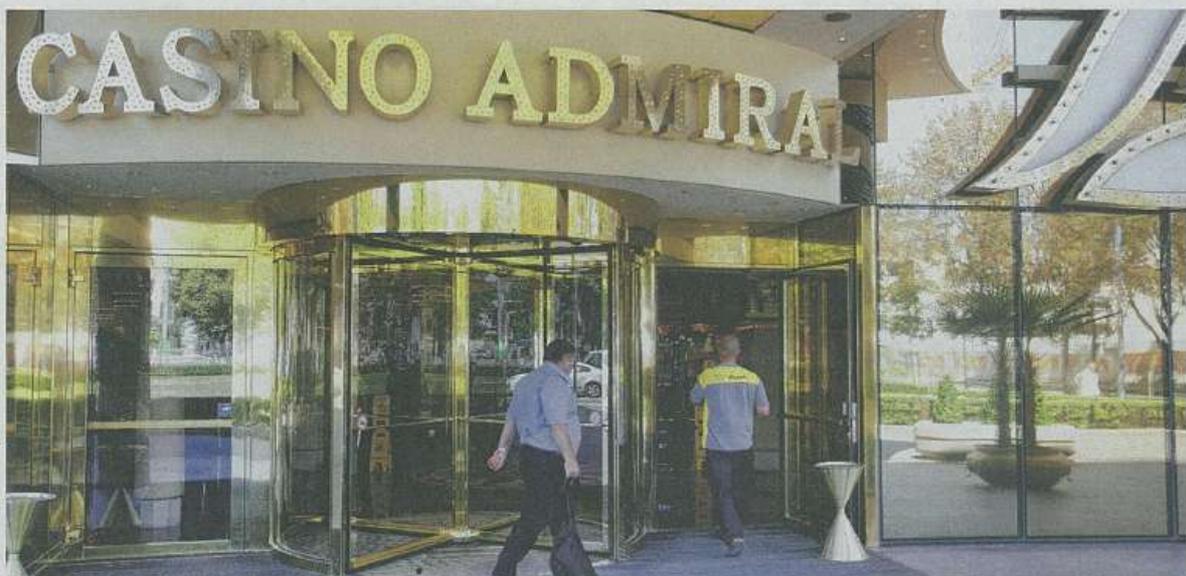
Automatenverbot. Glücksspielkonzern lässt weiter spielen und will vor Höchstgericht

VON ANDREA HODOSCHEK

100 bis 200 Millionen Euro Umsatzentgang und das Aus für 1000 Arbeitsplätze sind selbst für den milliarden-schweren niederösterreichischen Glücksspielkonzern Novomatic eine relevante Größenordnung. Auf diese Dimensionen schätzt Novomatic-General Harald Neumann die Folgen durch das von der rot-grünen Wiener Stadregierung ab 1. Jänner 2015 beschlossene Verbot des Automatenspiels.

Klar, dass Novomatic gegen diese Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes alle juristischen Geschütze auffahren will. Gleich drei führende Verfassungsrechtler (Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger, Heinz Mayer) attestieren voneinander unabhängig in ihren Gutachten die „mangelnde gesetzliche Grundlage“ dieses Verbotes.

Neumann denkt nicht daran, in der Nacht zum 1. Jänner 2015 die rund 1500 Automaten abzustellen, die der Konzern des Industriellen Hans F. Graf in der Bundeshauptstadt aufgestellt hat. Sollte auch nur eine Slotmaschine beschlagnahmt werden, will Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof marschieren. Neumann beruft



Novomatic denkt nicht daran, das Casino „Admiral“ im Prater in der Nacht zum 1. Jänner 2015 zu schließen

sich auf die aufrechten Konzessionsbescheide, die teilweise bis Anfang 2017 laufen: „Wir leben in einem Rechtsstaat.“

Verfassungsexperte Raschauer ortet den juristischen Fehler darin, dass der Bund beim neuen Glücksspielgesetz 2010 für das Automaten-spiel „eine Rahmengesetzgebung erfunden hat“ und das sogenannte „kleine Glücksspiel“ der Kompetenz der Länder übergab. Während ei-

nige Bundesländer Landesgesetze erließen, habe Wien dies verabsäumt. Ein Rahmengesetz kenne die Verfassung aber nicht.

Abgabentgang

Die Novomatic übergab die drei Gutachten am Montag an ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling und Wiens Bürgermeister Michael Häupl, SPÖ. Spekulationen, die ÖVP plane im Parlament noch rasch im Dezem-

ber einen Initiativ-Antrag für eine Änderung des Glücksspielgesetzes, bestätigten sich nicht. Insgesamt stehen derzeit in Wien 2700 legale Glücksspielautomaten. Ein Verbot würde die Spieler nur in die Illegalität treiben, argumentiert Neumann. Die Stadt kassiert pro Jahr aus den Automaten rund 55 Millionen an Abgaben. Die werden, meint Raschauer, „beim nächsten Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern fehlen“.

Der Novomatic gehtes vor allem um ihr Automatencasino „Admiral“ im Prater. Der Konzern erhielt dafür vom Finanzministerium eine neue Lizenz für Voll-Casinos (Automaten und Spiele mit Croupiers). Mitbewerber Casinos Austria legte aber Berufung ein. Das Bundesverwaltungsgericht muss bis Ende Jänner entscheiden. Hält der Bescheid der Finanz, könnte Novomatic im Prater auf jeden Fall bald weiterspielen.

„Heute“, 02.12.2014

Verbot des Kleinen Glücksspiels treffe nur Neu-Konzessionen

Novomatic: „Spielen auch im Jänner weiter“

Das Jahresende sollte in Wien auch das Ende des Kleinen Glücksspiels bedeuten. Das hat Rot-Grün beschlossen („Heute“ berichtete). Novomatic will seine Automaten aber weiter blinken lassen.

Rund 1.500 Glücksspielautomaten betreibt Novomatic in Wien. Geht es nach Vorstandschef Harald Neumann, dürfen diese auch nächstes Jahr be-

Von Robert Zwickelsdorfer

spielt werden. Er beruft sich dabei auf drei Gutachten der Verfassungsjuristen Mayer, Öhlinger und Raschauer.

Diese kommen unisono zu dem Schluss, dass die Bewilligungen für die einzelnen Automaten über den 31. Dezember

hinaus Gültigkeit haben – trotz Novelle des Veranstaltungsgesetzes. Denn dieses verbiete nur neue Konzessionen, bestehende seien davon nicht berührt.

Neumann: „Solange die Bescheide gültig sind, werden wir weiterspielen.“ Die letzten Bescheide für die Novomatic-Automaten laufen erst 2017 aus.

Setzt sich Wien im Rechtsstreit doch durch, wären 1.000 Jobs gefährdet, der Stadt entgingen rund 55 Mio. Euro Steuereinnahmen, so Neumann ■



Novomatic-Chef
Harald Neumann

„Österreich“, 02.12.2014

Novomatic spielt in Wien im Jänner weiter

GLÜCKSSPIELVERBOT

Wien. In Wien hat der Landtag letzte Woche aus dem Veranstaltungsgesetz jene Passagen gestrichen, die bislang den Umgang mit Glücksspielautomaten regeln. De facto sei damit das sogenannte kleine Glücksspiel ab 1. Jänner 2015 in Wien verboten, Automatencasinos müssten zusperren, hieß es.

1.000 Jobs. „Stimmt nicht“, kontert Harald Neumann, neuer Chef des Glücksspielkonzerns Novomatic. Er hat von drei Top-Verfassungsjuristen separate Gutachten erstellen lassen. „Alle kommen zu der Ansicht, dass bestehende Automaten-Konzessionen ihre Gültigkeit behalten“, so Neumann. „Dementsprechend bleiben unsere Spielstätten im Jänner offen.“ Nicht zuletzt



H. Neumann, Novomatic-Chef.

gehe es um 1.000 Jobs. Novomatic hat in Wien derzeit Genehmigungen für 1.500 Automaten (u. a. im Casino Admiral im Prater). Alle würden für die Laufzeit der Genehmigungen (die letzten laufen Anfang 2017 aus) weiter betrieben.

Neumann zeigt sich „enttäuscht von der Politik“: „Ein Verbot löst das Problem der Spielsucht nicht.“ Damit würde vielmehr illegales Spiel gefördert. Mit 5.000 bis 10.000 illegalen Automaten sei in Wien zu rechnen. Neumann hofft auf einen Schwenk der Politik.

„Die Presse“, 02.12.2014

Automaten: Novomatic klagt Wien

Glücksspiel. Die Stadtregierung hat einarmige Banditen ab 1. 1. 2015 verboten. Das akzeptiert die Novomatic, die 1500 Spielautomaten betreibt, nicht - Verfassungsrechtler unterstützen sie.

Wien. 120 Mio. Euro Umsatz lässt sich kein Unternehmen so ohne Weiteres entgehen - auch nicht, wenn es wie die Novomatic im Jahr 3,5 Mrd. Euro erlöst. Deshalb wehrt sich der Glücksspielkonzern auch vehement gegen das Verbot des Automatenspiels ab 2015 in Wien, das in der Vorwoche mit der Novelle zum Veranstaltungsgesetz auch formal besiegelt worden ist. „Sobald ab dem 2. Jänner auch nur einer unserer 1500 Automaten gesperrt wird, bringen wir Klage beim Verfassungsgerichtshof ein“, kündigte Novomatic-Chef Harald Neumann am Montag an. Es geht ihm nicht nur ums Geld: „Es stehen 1000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.“

Massive Unterstützung bei ihrem Kampf gegen das Wiener Nein zum sogenannten Kleinen Glücksspiel hat sich die Novomatic von den drei renommiertesten heimischen Verfassungsrechtlern geholt. Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer kommen in drei unabhängigen Gutachten zu demselben Schluss: „Die rechtskräftigen und aufrechten Konzessionsbescheide, die auf Grundlage des Wiener Veranstaltungsgesetzes einst erteilt worden sind, sind für ihre gesamte Laufzeit gültig - also auch über den 1. 1. 2015 hinaus“, erklärte Raschauer.

Sein prinzipieller Einwand: Da die Bundesverfassung den Begriff des Rahmengesetzes gar nicht kennt, fehle prinzipiell die gesetzliche Grundlage für die Wiener Vorgangsweise. Daran ändere auch die nunmehrige Novelle des Veranstal-



2700 Spielautomaten verlieren ab 1. Jänner in Wien die gesetzliche Basis.

[APA]

tungsgesetzes nichts. Diese setze nämlich nicht das Glücksspielgesetz 2010 um, sondern streiche lediglich ein paar Bestimmungen. So etwa die, dass ab 2015 keine neuen Automatenkonzessionen vergeben werden können. Generell verstoße der Stopp gegen die Erwerbs- und Niederlassungsfreiheit. Einige der Novomatic-Lizenzen laufen laut Neumann bis Anfang 2017.

Länder sind zuständig

Der Hintergrund der Auseinandersetzung, die nicht nur die Novomatic, sondern alle Betreiber der rund 2700 legalen Spielautomaten in Wien betrifft: Mit dem Glücksspielgesetz 2010 wurde auch das Kleine Glücksspiel - mit offiziell geringem Einsatz und Gewinn - außerhalb von Casinos neu geregelt und in die Länderkompetenz übergeben. Während Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, die Steiermark

und das Burgenland schon entsprechende Landesgesetze mit Übergangsfristen erlassen haben, fehlt ein solches in Wien. Stattdessen hat die rot-grüne Stadtregierung auf Druck einer SPÖ-Gruppierung 2011 ein Verbot aller einarmigen Banditen ab 1. 1. 2015 beschlossen. Ohne Übergangsregelung. Nicht betroffen sind Automaten in Casinos - konkret sind das vorerst nur jene in der bestehenden Spielbank der Casinos Austria in der Kärntner Straße. Die unterliegen dem Bundesgesetz.

Die Novomatic hat gestern die Gutachten Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) und Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) übergeben - in der Hoffnung, dass „es zu einer Diskussion und einer vernünftigen Lösung“ kommt, so Neumann. Ob nun der Minister oder der Bürgermeister am Zug sei, ließ Raschauer offen. Ein Weg bestünde

darin, dass Schelling das Bundesgesetz durch einen Passus ergänzt, wonach Länder, die kein eigenes Landesgesetz erlassen, Übergangsfristen schaffen müssen.

Der Streit um das Zockverbot nur wenige Monate vor den im Frühjahr stattfindenden Gemeinderatswahlen ist politisch äußerst brisant. Nicht alle Landespolitiker, vor allem aus ÖVP-Reihen, heißen das Verbot gut. Zumal Wien durch das Verbot jährlich Einnahmen von rund 55 Mio. Euro entgehen. „Spätestens, wenn es um den Finanzausgleich geht, explodiert das Thema“, ist Raschauer überzeugt. Novomatic-Chef Neumann verweist zudem auf Erfahrungen, dass ein Verbot die Spielsucht nicht eindämme. Vielmehr werde dann illegal gespielt. Schätzungen gehen davon aus, dass die Zahl der illegalen Automaten von derzeit 700 auf 5000 bis 10.000 hinaufschnellen könnte.

Neue Konzession für Prater

Mit ein bisschen Glück kann der Konzern trotz Verbots in Wien weiterspielen: Die Novomatic hat heuer im Sommer zwei der drei neuen Spielbanken-Konzessionen erhalten. Geplant ist, die riesige Automatenhalle im Prater zu einem Vollcasino auszubauen. Allerdings hat der bisherige Platzhirsch auf dem Glücksspielmarkt, die Casinos Austria, die leer ausgegangen sind, Beschwerde eingelegt. Die erste Frist für eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts läuft bis 25. Jänner. (eid)

„Wiener Zeitung“, 02.12.2014

Kleines Glückspiel. Der Glücksspielkonzern Novomatic hat drei Gutachten am Montag an ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling und Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl übergeben. Die Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer attestieren darin laut „Kurier“ (Dienstag) eine „mangelnde gesetzliche Grundlage“ des Verbotes von Automatenglücksspiel ab 2015. Laut Zeitung denkt der Konzern nicht daran, nur einen seiner 1500 von wienweit 2700 Automaten wegen des Verbots über die Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes abzuschalten. Werde eine Glücksspielmaschine beschlagnahmt, wolle Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof ziehen, so der „Kurier“. Dabei berufe sich der Konzern auf Konzessionsbescheide, die teils bis Anfang 2017 laufen.

„Standard“, 02.12.2014

Novomatic wehrt sich gegen Glücksspielverbot

Wien - Der Glücksspielkonzern Novomatic hat drei Gutachten an Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) und Wiens Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) übergeben. Drei Verfassungsrechtler attestieren laut Medienberichten mangelnde gesetzliche Grundlage des Verbotes von Automatenglücksspiel ab 2015. (APA)

„Kronen Zeitung“, 02.12.2014

Branche droht mit Klage gegen Wiener Automatenverbot **Streit um „Einarmige Banditen“**

Wien (c.e.). – Obwohl sie ab 1. Jänner verboten sind, werden die Glücksspielautomaten in Wien weiterlaufen! Betreiber wie Novomatic pochen mit Gutachten auf ihre oft noch bis 2017 laufenden Konzessionen und kündigen Schadenersatz- sowie Verfassungsklagen an.

Vorige Woche beschloss der Wiener Gemeinderat eine Änderung des Veranstaltungsgesetzes, die „Einarmige Banditen“ illegal macht. Die teilweise bis 2017 bestehenden Genehmigungen für rund 2700 offiziell gemelde-

te Geräte wären damit wertlos – geht nicht, belegen drei namhafte Rechtsprofessoren. Zumindest hätte es eine ausreichende Übergangsfrist geben müssen. Man wartet nun auf Strafbescheide und wird dann zum Verfassungs-

gericht gehen, so Novomatic-Vorstandschef Harald Neumann. Mit 1500 Automaten in Wien wäre Novomatic besonders betroffen, gut 100 Mio. € Umsatz und 1000 Jobs stünden am Spiel. Zusätzlich verlöre Wien rund 55 Mio. € jährlich an Glücksspiel-Steuern. Der Automatenverband überlegt zudem Schadenersatzklagen gegen die Stadt.

Anderer Bundesländer (NÖ, OÖ, Burgenland, Steiermark, Kärnten) haben das sogenannte „kleine Glücksspiel“ durch Landesgesetze offenbar rechtlich besser gelöst. Sie schreiben limitierte Konzessionen aus.

„www.wien.orf.at“, 02.12.2014

Novomatic will Glücksspielverbot ignorieren

Der Glücksspielkonzern Novomatic will seine Automaten in Wien trotz des Verbots ab 1. Jänner 2015 weiterbetreiben. Laut „Kurier“ und „Krone“ stützt sich der Konzern dabei auf drei Gutachten. Indes wird ein Anstieg des Online-Glücksspiels befürchtet.

Novomatic übergab am Montag Finanzminister Hans Jörg Schelling (ÖVP) und Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) drei Gutachten der Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer. Laut „Kurier“ attestieren sie eine „mangelnde gesetzliche Grundlage“ des Verbotes von Automatenglücksspiel ab 2015.

Novomatic will zum Verfassungsgerichtshof gehen

Der Konzern denke nicht daran, nur einen seiner 1.500 Automaten wegen des Verbots über die Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes abzuschalten. Werde eine Glücksspielmaschine beschlagnahmt, wolle Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof ziehen, so der „Kurier“. Dabei berufe sich der Konzern auf Konzessionsbescheide, die teils bis Anfang 2017 laufen - mehr dazu in [Glücksspielverbot im Landtag besiegelt](#).

Verfassungsjurist Raschauer ortet laut Zeitungsbericht den juristischen Fehler darin, dass der Bund beim neuen Glücksspielgesetz 2010 für das Automatenpiel „eine Rahmengesetzgebung erfunden hat“ und das sogenannte „kleine Glücksspiel“ der Kompetenz der Länder übergab. Während einige Bundesländer Landesgesetze erließen, habe Wien dies verabsäumt. Ein Rahmengesetz kenne die Verfassung aber nicht, schreibt der „Kurier“ mit Verweis auf den Jurist.

Online-Spiele: Immer mehr süchtig

Vergangene Woche wurde das Verbot des kleinen Glücksspiels im Wiener Landtag besiegelt. 2.500 Automaten werden damit ab dem 1. Jänner 2015 illegal. Von Befürwortern wird die neue Regelung als Meilenstein gefeiert - mehr dazu in [Glücksspielverbot im Landtag besiegelt](#). Online-Spiele sind davon aber nicht betroffen. Gerade dieses Segment treibt immer mehr Menschen in den finanziellen Ruin, wie die aktuellen Zahlen der Wiener Suchtambulanz, wie die ORF-Sendung „Thema“ am Montag berichtet. 2003 war ein Prozent der Hilfesuchenden bei der Wiener Spielsuchthilfe süchtig nach Onlinespielen, heute sind es 34 Prozent - Tendenz steigend.



Online gibt es keine Spielerschutz und keine Hemmschwelle

Der 59-jährige Herbert K. etwa ist stolz darauf, seit eineinhalb Jahren spielfrei zu sein. Er wurde 2009 süchtig nach Onlinespielen, durch Zufall, wie er in „Thema“ sagt. „Ich wollte meine Lottoscheine im Internet aufgeben. Das ist ganz praktisch, langsam habe ich dann bemerkt, da gibt es Black Jack und andere Slot-Spiele. Dann bin ich langsam hineingerutscht. Es wurde immer mehr und mehr.“ Der 59-Jährige, der bis zu seiner Sucht ein erfolgreicher Bauunternehmer war, verlor am Ende bis zu 8.000 Euro am Tag.

„Thema“, 21.10 Uhr, ORF2 oder zum
Nachsehen in der [ORF TVthek](#).

Viele suchen zu spät Hilfe

Herbert K. ist kein Einzelfall, heißt es bei der Wiener Spielsuchthilfe. Die Einrichtung besteht seit 32

Jahren, kämpft heute aber mit zu wenig Personal und Geldmangel. Die Hilfesuchenden, Süchtige und ihre Angehörigen, werden hingegen immer mehr. Die meisten Betroffenen beginnen bereits als Teenager zu spielen, kommen aber viel zu spät zur Beratung. „Das Durchschnittsalter der bei uns Hilfesuchenden ist 36 Jahre. Das heißt, es dauert über 20 Jahre, bis jemand Hilfe gesucht hat“, sagt Izabela Horodecki von der Suchthilfeambulanz. Die meisten Onlineanbieter haben ihren Sitz auf Malta, einer der europäischen Steueroasen. Spielerschutz gibt es praktisch nicht. Die Betroffenen können sich nur selbst helfen.

Glücksspiele sind Teil der Welt der Jugendlichen, zeigte eine Studie im Frühjahr. Auch darin wurde klar, dass die Rolle des Internet größer wird, wobei der „Wechsel in den Echtgeldmodus“ häufig via harmlos anmutende Gratisispiele erfolgt - mehr dazu in [Glücksspiel ist Teil der Welt Jugendlicher](#).

„Tiroler Tageszeitung online“, 02.12.2014

Kleines Glücksspiel - Stadt Wien: Novomatic übergeht

Rechtsstaat

Gumpoldskirchen/Wien (APA) - Die gestrige Androhung von Novomatic-Chef Harald Neumann, vor den Verfassungsgerichtshof zu ziehen, sollte wegen der mit Anfang 2015 wirksamen neuen Regelung des Kleinen Glücksspiels in Wien einer seiner Automaten beschlagnahmt werden, lässt die Stadt offenbar kalt. Die zuständige Stadträtin Ulli Sima (SPÖ) zeigte sich aber „befremdet“ und warf dem Unternehmen vor, den Rechtsstaat zu übergehen.

Novomatic setze sich - sollten die Automaten tatsächlich mit 1. Jänner 2015 nicht verschwunden sein - über die Gesetze hinweg, übte Sima am Dienstag im APA-Gespräch scharfe Kritik an Novomatic: „Man hat das Gefühl: Sie glauben, für sie gilt der Rechtsstaat nicht.“ Es müsse dem Glücksspielkonzern bewusst sein, dass er sich damit in die Illegalität begeben und pro beschlagnahmtem Automat eine Strafe von bis zu 22.000 Euro in Kauf nehmen: „Ich halte es für ein fatales Signal, die gesetzgebenden Körperschaften zu übergehen.“

Zum Hintergrund: Die rot-grüne Stadtregierung hat sich - nach längerer SPÖ-interner Debatte - vor geraumer Zeit für ein Aus für das Automatenspiel abseits von Casinos, also für das Verbot des sogenannten Kleinen Glücksspiels, entschieden. Konkret laufen alle gültigen Lizenzen mit Ende 2014 aus. Dafür wurde in der Vorwoche mit der Änderung des Veranstaltungsgesetzes ein letzter formaler Beschluss im Landtag gefasst.

Novomatic kündigte nun an, sich nicht an das Verbot halten zu wollen. Das Unternehmen sieht sich juristisch im Recht und hat drei Rechtsgutachten bekannter Verfassungsrechtler vorgelegt. Eine der Grundaussagen: Aufrechte Konzessionsbescheide seien für ihre gesamte Laufzeit gültig - also auch über Anfang Jänner 2015 hinaus. Laut Novomatic laufen einige der Automatenlizenzen bis 2017.

Zusätzlich orten die Fachleute einen juristischen Fehler, da Wien es verabsäumt habe, ein eigenes Landesgesetz zusätzlich zum Rahmengesetz des Bundes zu schaffen - woran auch die Novellierung des Veranstaltungsgesetzes nichts ändere. Die Bundesverfassung kenne aber den Begriff „Rahmengesetz“ gar nicht. Sobald also der erste Spielautomat im kommenden Jahr beschlagnahmt werde, wende man sich an den Verfassungsgerichtshof, so die Drohung des milliardenschweren Konzerns.

Sima zeigte sich davon unbeeindruckt. Sowohl der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts als auch jener der Stadt gingen davon aus, dass die Rechtskonstruktion korrekt sei und auch vor dem Höchstgericht halten werde. Insofern sehe sie keinen Handlungsbedarf.

Ähnlich der Koalitionspartner: „Wir lassen uns von den Drohungen der Novomatic nicht einschüchtern und sehen etwaigen Klagen gelassen entgegen“, richtete der grüne Klubchef David Ellensohn via Aussendung aus. Natürlich sei Novomatic nicht glücklich darüber, auf Einnahmen in mehrstelliger Millionenhöhe verzichten zu müssen, „aber wir sind überzeugt, dass mit der Spielsucht kein Geschäft gemacht werden soll“. Die Einhaltung des Verbots wird ab Jahresbeginn von der Finanzpolizei, die in die Zuständigkeit des Bundes fällt, kontrolliert. Sima kündigte heute allerdings Unterstützung seitens der Stadt an.

„APA“, 01.12.2014

Kleines Glücksspiel - Novomatic will Verbot in Wien nicht akzeptieren

Utl.: "Kurier" und "Kronen Zeitung": Konzern will Glücksspielautomaten in Wien trotz Verbots kommendes Jahr weiterlaufen lassen - Untermuert dies gleich mit drei Gutachten

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Glücksspielkonzern Novomatic hat drei Gutachten am Montag an ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling und Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl übergeben. Die Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer attestieren darin laut "Kurier" (Dienstag) eine "mangelnde gesetzliche Grundlage" des Verbotes von Automatenglücksspiel ab 2015.

Laut Zeitung denkt der Konzern nicht daran, nur einen seiner 1.500 von wienweit 2.700 Automaten wegen des Verbots über die Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes abzuschalten. Werde eine Glücksspielmaschine beschlagnahmt, wolle Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof ziehen, so der "Kurier". Dabei berufe sich der Konzern auf Konzessionsbescheide, die teils bis Anfang 2017 laufen.

Verfassungsjurist Raschauer ortet laut Zeitungsbericht den juristischen Fehler darin, dass der Bund beim neuen Glücksspielgesetz 2010 für das Automatenspiel "eine Rahmengesetzgebung erfunden hat" und das sogenannte "kleine Glücksspiel" der Kompetenz der Länder übergab. Während einige Bundesländer Landesgesetze erließen, habe Wien dies verabsäumt. Ein Rahmengesetz kenne die Verfassung aber nicht, schreibt der "Kurier" mit Verweis auf den Jurist. Auch die "Kronen Zeitung" berichtet in ihrer Dienstagsausgabe vom Ziel Novomatics, die Automaten trotz Verbots weiterzubetreiben.

„www.vienna.at“, 01.12.2014

Kleines Glücksspiel: Konzern Novomatic will Verbot in Wien nicht akzeptieren



aufregung um das Glücksspiel-Verbot in Wien - © APA (Sujet)

Der Glücksspielkonzern Novomatic hat am Montag Medienberichten zufolge drei Gutachten an ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling und Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl übergeben.

Die Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer attestieren darin laut "Kurier" (Dienstag) eine "mangelnde gesetzliche Grundlage" des Verbotes von Automatenglücksspiel ab 2015.

Aus für 2.700 Automaten in Wien?

Laut Zeitung denkt der Konzern nicht daran, nur einen seiner 1.500 von wienweit 2.700 Automaten wegen des Verbots über die Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes abzuschalten. Werde eine Glücksspielmaschine beschlagnahmt, wolle Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof ziehen, so der "Kurier". Dabei berufe sich der Konzern auf Konzessionsbescheide, die teils bis Anfang 2017 laufen.

Kleines Glücksspiel: Gesetzeslage

Verfassungsjurist Raschauer ortet laut Zeitungsbericht den juristischen Fehler darin, dass der Bund beim neuen Glücksspielgesetz 2010 für das Automatenspiel "eine Rahmengesetzgebung erfunden hat" und das sogenannte "kleine Glücksspiel" der Kompetenz der Länder übergab. Während einige Bundesländer Landesgesetze erließen, habe Wien dies verabsäumt. Ein Rahmengesetz kenne die Verfassung aber nicht, schreibt der "Kurier" mit Verweis auf den Jurist. Auch die "Kronen Zeitung" berichtet in ihrer Dienstagsausgabe vom Ziel Novomatics, die Automaten trotz Verbots weiterzubetreiben.

„Kleine Zeitung online“, 01.12.2014

Novomatic will Verbot ignorieren

Mit gleich drei Gutachten kämpft der Glücksspiel-Riese Novomatic gegen das ab 2015 in Wien geltende Spielautomatenverbot an. Verfassungsrechtler unterstützen das Unternehmen dabei.



Foto ©

Der Glücksspielkonzern Novomatic hat drei Gutachten am Montag an ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling und Wiens SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl übergeben. Die Verfassungsrechtler Bernhard Raschauer, Theo Öhlinger und Heinz Mayer attestieren darin laut "Kurier" (Dienstag) eine "mangelnde gesetzliche Grundlage" des Verbotes von Automatenglücksspiel ab 2015.

Konzessionen teils bis 2017

Laut Zeitung denkt der Konzern nicht daran, nur einen seiner 1.500 von wienweit 2.700 Automaten wegen des Verbots über die Novellierung des Wiener Veranstaltungsgesetzes abzuschalten. Werde eine Glücksspielmaschine beschlagnahmt, wolle Novomatic vor den Verfassungsgerichtshof ziehen, so der "Kurier". Dabei berufe sich der Konzern auf Konzessionsbescheide, die teils bis Anfang 2017 laufen. Verfassungsjurist Raschauer ortet laut Zeitungsbericht den juristischen Fehler darin, dass der Bund beim neuen Glücksspielgesetz 2010 für das Automatenspiel "eine Rahmengesetzgebung erfunden hat" und das sogenannte "kleine Glücksspiel" der Kompetenz der Länder übergab.

Während einige Bundesländer Landesgesetze erließen, habe Wien dies verabsäumt. Ein Rahmengesetz kenne die Verfassung aber nicht, schreibt der "Kurier" mit Verweis auf den Jurist. Auch die "Kronen Zeitung" berichtet in ihrer Dienstagsausgabe vom Ziel Novomatics, die Automaten trotz Verbots weiterzubetreiben.

„www.wochenblatt.de“, 01.12.2014

Lizenzverfahren für Sportwetten in Deutschland – der aktuelle Status

Vor mittlerweile über zwei Jahren hat der Erste Glücksspieländerungsstaatsvertrag (GlüStV) die Privatisierung der Sportwetten in die Wege geleitet. Die am 1. Juli 2012 in Kraft gesetzte Neuregelung sieht die Vergabe von vorläufig 20 bundesweiten Glücksspiellizenzen vor, die an strenge Auflagen, unter anderem in den Bereichen Spielerschutz und Werbung, gebunden sind. Bis heute aber ist die Umsetzung dieser partiellen Marktöffnung nicht erfolgt.

Nach Verzögerung in der Vergabe stoppt nun Klagewelle die Lizenzierung

Zwar hat das hessische Innenministerium, welches mit der Durchführung des Konzessionsverfahrens betraut ist, den mehrstufigen Entscheidungsprozess unmittelbar in die Wege geleitet, dieses ist aber nach mehrmaliger Verzögerung erst im Herbst 2014 zum Abschluss gekommen. Die Verlautbarung der 20 ersten Lizenznehmer hat anschließend eine Klagewelle der nicht erfolgreichen Konzessionswerber eingeleitet, welche die Vergabe erneut ins Stocken gebracht hat (vgl. **FAZ: Gericht stoppt Lizenzvergabe**).

Nach Beurteilung und Bewertung der eingereichten Bewerbungsunterlagen durch die zuständige hessische Behörde sollen die folgenden 20 Unternehmen eine bundesweite Lizenz für das Betreiben von stationären Wettbüros sowie das Anbieten von Sportwetten im Internet erhalten:

- Admiral Sportwetten
- Cashpoint
- Digibet
- Bet 90
- Intermedia
- Bet-at-home.com Internet
- ODS Oddset Sportwetten Deutschland
- Oddsline Entertainment
- Electra Works
- Deutsche Sportwetten
- Primebet International
- Bernd Hobiger Wettbüro Goldesel
- Personal Exchange International
- Polco
- Ladbrokes International
- Ruleo Alpenland
- Racebets International Gaming
- Star Sportwetten
- Albers Wettbörsen Deutschland
- IBA Entertainment

Branchenkenner zeigten sich über die Auswahl der lt. Bewerbungsverfahren angeblich zuverlässigsten und vertrauenswürdigsten Bewerber einigermaßen erstaunt, fehlen bei den ausgewählten Lizenzanwärtern doch **einige der großen und international überaus anerkannten Anbieter** wie beispielsweise Bet365, Betvictor oder Interwetten, die allesamt bereits seit vielen Jahren über Lizenzen in anderen europäischen Jurisdikturen wie Österreich oder Großbritannien verfügen.

Da auf der anderen Seite auch einige in der Branche völlig unbekannte und teilweise noch nicht mal operativ tätige Marktteilnehmer zur Lizenzvergabe herangezogen wurden, hat wohl durchaus berechtigte Zweifel über die verwendeten Bewertungskriterien aufkommen lassen. Auch die mangelnde Transparenz des Auswahlverfahrens stand in der Kritik und führte letztendlich zu den angesprochenen Klagen gegen die Lizenzerteilung an die 20 ausgewählten Wettunternehmen.

Marktführer Tipico klagt gegen die Lizenzvergabe

Unter den Klägern befindet sich auch das Unternehmen Tipico, das in Deutschland mit unzähligen Wettshops sowie einem online Glücksspielportal vertreten ist und mit Oliver Kahn als Werbeträger allgemein als Marktführer im deutschsprachigen Bereich gilt. Gemeinsam mit Tipico bleiben nun also weiterhin alle privaten Sportwettenanbieter sowie ihre zahlreichen Kunden, die Betreiber von Annahmestellen sowie Werbepartner wie bisher Gefangene in einer rechtlichen Grauzone.

Denn gemäß EU-Recht, welches jedem Unternehmen mit Standort in einem Mitgliedsland die Dienstfreiheit für den gesamten EU-Raum zusichert, ist das private Anbieten von Sportwetten unter gewissen Auflagen und Einschränkungen legal, während das deutsche Recht nur gemäß GlüStV lizenzierten Glücksspielunternehmen erlaubt, ihre Angebote in Deutschland zu vertreiben. Eine Beschränkung der Marktteilnehmer auf genau 20 Wettunternehmen erscheint in diesem Zusammenhang willkürlich und wird nach Meinung von Experten vor dem Europäischen Gerichtshof nur schwer durchzusetzen sein.

Schleswig-Holstein hat Wettanbieter bereits im Jahr 2012 lizenziert

Wenn auch nicht gemäß GlüStV, so gibt es doch bereits seit dem Jahr 2012 nach deutschem Recht lizenzierte Unternehmen, und zwar in Schleswig-Holstein (welche das sind, vgl. dazu auf wettanbieter.de). Das Bundesland hat, bevor es mit Verzögerung im Februar 2013 dem Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrag der anderen Länder beigetreten ist, in Sachen Glücksspielwesen einen eigenen Weg beschritten und Lizenzen vergeben, die noch einige Jahre aufrecht bleiben. Diese gelten allerdings nur für das Bundesland im hohen Norden.

Überall sonst in Deutschland wird nach wie vor im „rechtsfreien Raum“ operiert. Damit scheitert der Staat erneut an seiner Aufgabe, dem Spielerschutz, zu dem nicht unwesentlich auch Rechtssicherheit zählt. Zudem versagt er sich Einnahmen, die aus den Lizenzen erzielt werden könnten. Wird bedacht, dass der Marktanteil der privaten Anbieter in Deutschland über 90 Prozent liegt, so macht das keine unbedeutende Summe an potentiellen Steuereinnahmen aus. Auch das Steuerrecht, welches zeitgleich mit dem in Kraft treten des Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrags für die aus dem Ausland vermittelte online Sportwette geöffnet wurde, ließe sich bei entsprechender Rechtssicherheit durch eine ordentliche und EU-konforme Regulierung der Sportwetten weitaus effektiver durchsetzen.

„ORF TV Thek“, 01.12.2014



THEMA

Thema Mo, 01.12.2014 21.10 Uhr 40:26 Min.

ORF.AT

ORF

▼ Online-Spielsucht | 15:43 Min.

Das vermeintliche Glück im Netz: „Ich habe jede Minute meiner freien Zeit nur noch Online-Glücksspiele gespielt, um ein paar Euro zu verdienen“, sagt der 21jährige Manuel. Damit wollte er seine Drogensucht finanzieren. Jetzt sitzt er eine 15jährige Haftstrafe ab, weil er im Drogenrausch einen Freund ermordet hat. Zwei weitere Insassen des Gefängnisses für Jugendliche in Gerasdorf sitzen wegen mehrfachen schweren Raubs - der Grund: Sie brauchten Geld für ihre Spielsucht. Rund hunderttausend Österreicherinnen und Österreicher sind spielsüchtig. Die meisten sind abhängig von Glücksspielautomaten. Immer mehr vor allem junge Menschen werden von Onlinespielen in den finanziellen Ruin getrieben. Waren 2003 nur ein Prozent der Hilfesuchenden in der Wiener Spielsucht-

00:05 | 15:43

UT

„Wiener Mut Nachbericht“, 01.12.2014



**Rückblick
2014**

WIENER

Vielfalt findet Stadt!



MUT

Veranstalter:



HauptpartnerInnen:

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES



österreichische
LOTTERIEN

**Raiffeisen
Meine Bank** 

WKO WIEN
WIRTSCHAFTSKAMMER WIEN
Weiter kommen.

Weitere PartnerInnen:

iv INDUSTRIELLENVEREINIGUNG
WIEN

ANKER
Wien - 1891

VISA    



card complete



Nähere
Informationen unter:
www.wienermut.at

Inhalt

- 4 Zahlen
- 5 Vorwort der InitiatorInnen
- 6 Die Jury
- 7 Award & Preise
- 7 Die Band
- 8 Kategorien & PreisträgerInnen
 - 8 Kategorie „Zukunft beginnt jetzt“
(Bildung)
 - 9 Kategorie „BühnenstürmerInnen“
(Bühne)
 - 10 Kategorie „Vielfalt, die schmeckt“
(Küche und Kulinarik in Wien)
 - 11 Kategorie „WeltmeisterInnen von morgen“
(Sport)
 - 12 Kategorie „Erfolgreich wirtschaften in Wien“
(Wirtschaft)
 - 13 Kategorie „Weltweit denken“
(Wissenschaft)
 - 14 Sonderpreise der Jury
- 15 Die PreisträgerInnen
- 16 BEST OF der Einreichungen und Nominierungen
- 18 Der Preis in den Medien
- 21 Nachwort der JurysprecherInnen
- 22 UnterstützerInnen

Zahlen

40

Einreichungen im
BEST OF

187

Bewerbungen und
Nominierungen

6

PreisträgerInnen und
zwei Sonderpreise

6

Kategorien

88

Medienberichte

9

JuroInnen

Vorwort

„Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt!“

Es ist die Vielfalt, die unsere Stadt zu dem macht, was sie ist: Eine lebendige Großstadt, in der es ein fruchtbares Zusammenleben verschiedener Sprachen, Kulturen und Nationen gibt!

Obwohl diese Vielfalt längst Realität ist, ist sie in den Köpfen und vor allem in den Herzen vieler Menschen noch nicht angekommen. Zur Vielfalt als Bereicherung zu stehen und sich für sie einzusetzen, erfordert daher noch immer Mut.

Mit „Wiener Mut“ stellen wir uns ganz bewusst der Angst- und Panikmache vor „zu viel Vielfalt“ entgegen. Gemeinsam wollen wir – der Verein Wirtschaft für Integration und das DRF Landesstudio Wien – die Wertschätzung für die vielfältigen Realitäten in Wien stärken und das Potenzial dieser Vielfalt sichtbar machen und fördern.

Im Rahmen von „Wiener Mut“ holen wir daher Wienerinnen und Wiener mit und ohne internationale Wurzeln vor den Vorhang, die mit ihrem Engagement zur Vielfalt unserer Stadt und damit zu ihrer Lebendigkeit, ihrer Internationalität und ihrer Attraktivität beitragen. Die Bandbreite kultureller und sprachlicher Diversität spiegelt sich auch in den sechs Kategorien wider, die zur Einreichung offenstanden:

- ① „Zukunft beginnt jetzt“ (Bildung)
- ② „BühnenstürmerInnen“ (Bühne)
- ③ „Vielfalt, die schmeckt“ (Küche und Kulinarik in Wien)
- ④ „WeltmeisterInnen von morgen“ (Sport)
- ⑤ „Erfolgreich wirtschaften in Wien“ (Wirtschaft)
- ⑥ „Weltweit denken“ (Wissenschaft)

Dr.ⁱⁿ Brigitte Wolf
Direktorin
DRF Landesstudio Wien

Dr. Georg Kraft-Kinz
Obmann
Verein Wirtschaft für Integration

Mag. Alì Rahimi
Stv. Obmann
Verein Wirtschaft für Integration



Aus allen Bewerbungen und Nominierungen wählte eine Fachjury die PreisträgerInnen, die am 21. Oktober 2014 bei der feierlichen Preisverleihung im Raiffeisen Forum bekannt gegeben und gewürdigt wurden. Die vielfältigen Formen des Engagements von Wienerinnen und Wienern stehen eindrucksvoll für die kulturelle und sprachliche Melange in unserer Stadt. Ihnen gebührt unsere Wertschätzung und Anerkennung: Ohne diese BürgerInnen wäre Wien um vieles ärmer – sozial, kulturell, sprachlich und wirtschaftlich!

Unser Dank gilt außerdem den engagierten UnterstützerInnen aus der Wirtschaft, die den Preis ermöglicht haben: Bettina Glatz-Kremsner (Vorstandsdirektorin Casinos Austria & Österreichische Lotterien), Heimo Hackel (Vorstandsvorsitzender card complete Service Bank AG), Wolfgang Hesoun (Präsident Industriellenvereinigung Wien), Harald Neumann (Vorstandsvorsitzender NOVOMATIC AG), Peter Ostendorf (Vorstandsvorsitzender Ankerbrot AG), Walter Ruck (Präsident Wirtschaftskammer Wien) und Johannes Schuster (Vorstand Raiffeisen Zentralbank Österreich AG).

Vielfalt hat das Zusammenleben in Wien immer schon geprägt. Sie ist normal, lustvoll, schafft Lebensqualität und wirtschaftlichen Erfolg. Zeigen wir Mut zur Vielfalt – für ein angstfreies und lebendiges Miteinander!



In der Kategorie „BühnenstürmerInnen“ wurden KünstlerInnen und Ensembles in den Genres Kabarett und Theater sowie MusikerInnen, Musikgruppen, Bands und Chöre gesucht, die ...

- ⑩ mit und durch ihre Kunst/Musik in sprachlicher und/oder kultureller Hinsicht grenzüberschreitend wirken
- ⑩ Aspekte von Vielfalt auf künstlerische/musikalische Weise ausdrücken
- ⑩ das Publikum bzw. die BetrachterInnen zur Auseinandersetzung mit Aspekten von Vielfalt anregen

AUSGEZEICHNET:

DSCHUNGEL BUS

Seit September 2013 tourt der DSCHUNGEL WIEN mit seiner „dritten Bühne“, dem DSCHUNGEL BUS, durch die Wiener Bezirke – und darüber hinaus. Der ersten Theater-Buslinie Österreichs ist es ein großes Anliegen, mit ihren Projekten die Interaktion und das Zusammenleben von Menschen verschiedener Kulturen zu fördern. Das bunte Theaterangebot richtet sich an junge Menschen und holt sie dort ab, wo sie leben. So werden Schwellenängste und Barrieren abgebaut und der Zugang zur Kunst quer durch alle Bevölkerungsschichten ermöglicht. In der vergangenen Spielsaison griff der DSCHUNGEL BUS das Leben der heurigen Friedensnobelpreisträgerin Malala Yousafzai auf und machte daraus ein Schauspiel für Kinder ab acht Jahren.

Der Preis in den Medien

35 TV-Beiträge

25.06.2014	ORF Wien heute	„Wiener Mut“: Vielfalt findet Stadt!
11.07.2014	ORF Wien heute	Raiffeisen lädt zum Fastenbrechen ein
25. & 28.7.2014	ORF Wien heute	Schwerpunkt zum Integrationsbericht 2014
06.08.2014	ORF Wien heute	„Vielfalt, die schmeckt“: Hidden Kitchen
16.08.2014	ORF Wien heute	„Weltweit denken“: Trust Room
8.9.–14.9.2014	Infoscreen	Wiener Mut
08.09.2014	ORF Wien heute	Wiener Mut: Zentrum für soziale Innovation
11.09.2014	ORF Wien heute	Wiener Mut: Die Kinderuni im Film
12.09.2014	ORF Wien heute	Wiener Mut: Wer macht die Stadt vielfältiger?
13.09.2014	ORF Wien heute	Wiener Mut: The Hub
14.09.2014	ORF Wien heute	Wiener Mut: DieBotschaftn
20.09.2014	ORF Wien heute	Wiener Mut: Bewerbungsfrist
11.10.2014	ORF Wien heute	Harte Diskussionen hinter verschlossener Türe
19.10.2014	ORF Wien heute	Skulptur für „Wiener Mut“
21.10.2014	ORF Wien heute	Vor Wiener Mut
22.10.2014	ORF Wien heute	Preisverleihung Wiener Mut!
24.10.2014	Asianet News	Prosi Super Market win ORF Wiener Mut award
26.10.2014	ORF	Heimat, fremde Heimat: „Wiener Mut“-Preis vergeben
28.10.2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Kategorie Wirtschaft
31.10.2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Kulinarik PROSI
01.11.2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Kategorie Bildung
04.11.2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Kategorie BühnenstürmerInnen
15.11.2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Kategorie Sport
16.11.2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Kategorie Wissenschaft
Dezember 2014	ORF Wien heute	Porträt Preisträger „Wiener Mut“ Jurypreis
Dezember 2014	ORF Wien heute	acht weitere Porträts von „Best of“-Einreichungen
14.12.2014	ORF	Erlebnis Österreich: „Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt!“
15.12.2014	ORF III spezial	„Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt!“

7 TV- & 6 Radiotrailer

7.7.2014–14.9.2014 in ORF 2 Wien und auf ORF Radio Wien

3 Radiobeiträge

25.06.2014	ORF Radio Wien	Auftakt „Wiener Mut“
21.10.2014	ORF Radio Wien	Vorbericht „Wiener Mut“
22.10.2014	ORF Radio Wien	Nachbericht „Wiener Mut“

19 Zeitungsbeiträge

26.06.2014	Heute	Jetzt bewerben: Preis für „Vielfalt findet Stadt“
Juli 2014	Haber Avrupa	Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt!
03.07.2014	Raiffeisen Zeitung	Mut zur Vielfalt
Sommer 2014	Biber	2.000 Euro für mutige Projekte
07.08.2014	wien.at	Wie bunt ist unsere Stadt?
22.08.2014	Wiener Wirtschaft	Mut zur Vielfalt
25.09.2014	Die Presse	Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt
27.09.2014	Der Standard	Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt
September 2014	Biber	Dein Mut bringt dir 2.000 Euro
September 2014	iv.positionen	Award: Wiener Mut
23.10.2014	Kurier	Vielfalt bereichert – auch wirtschaftlich
25.10.2014	Kurier	Business Events der Woche: Ausgezeichnet: Die Vielfalt der Wiener
30.10.2014	Die Presse	Wiener Mut: Ausgezeichnete Vielfalt
30.10.2014	Raiffeisen Zeitung	Auszeichnung für engagierte Wiener
November 2014	KOSMO	Nagrade za bečku hrabrost
November 2014	iv.positionen	Wiener Mut!
November 2014	Biber	Wiener Mutbürger
November 2014	Wirtschaftsnachrichten Donauraum	Vielfalt als Wirtschaftsfaktor
07.11.2014	Wiener Wirtschaft	Vielfalt findet Stadt

20 Onlineartikel

25.06.2014	wien.orf.at	Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt!
25.06.2014	culturalatina.at	Wirtschaft für Integration und ORF-Wien initiieren Wiener Mut: Vielfalt findet Stadt!
09.07.2014	oe24.at	Initiative „Wiener Mut“ zeichnet Vielfalt aus
14.07.2014	wien.at	Initiative „Wiener Mut“ zeichnet Vielfalt aus
15.07.2014	Kinder & Co	Mut für mehr Miteinander
21.07.2014	Kinder & Co	Interview Georg Kraft-Kinz und Ali Rahimi
21.07.2014	wetter.at	„Wiener Mut“ zeichnet Vielfalt aus
28.08.2014	Viennarama	Portrait: Wiener Mut – Meri Disoski
19.09.2014	Bundesland.bz	Gesucht: Wiener Mut
21.10.2014	wien.orf.at	Mutige, vielfältige Wiener ausgezeichnet
21.10.2014	wien.orf.at	„Wiener Mut“: Die Preisträger
22.10.2014	Kurier.at	Mut zur Vielfalt – die bereichert auch
22.10.2014	culturalatina.at	Preisverleihung „Wiener Mut“: Engagierte WienerInnen mit und ohne internationale Wurzeln ausgezeichnet
22.10.2014	Dijaspora TV	Preisverleihung „Wiener Mut“
22.10.2014	KOSMO	„Wiener Mut“ Preisträger prämiert
23.10.2014	Österreich Journal	Frauenberger bei „Wiener Mut“: Wien ist Vielfalt
25.10.2014	volksgruppen.orf.at	Preis „Wiener Mut“ vergeben
26.10.2014	Malayalee Vision	പ്രൈം ടൈം ഓട്ടിംഗ്: ഓ മൂർ ഹൂഫ് 'വീനർ മുട്ട്' പുരസ്കാരം ലഭിക്കുന്ന ആദ്യ ഏഷ്യൻ വാസന്മാർ
10.11.2014	kurier.at	Was würdest du mitnehmen?
15.11.2014	kiku.at	Wie ist es, flüchten zu müssen?

50.000 Freecards 3 Wochen lang an 400 Orten in Wien

„Wiener Mut“-Spot auf über **600** Infoscreen-Bildflächen
 der Wiener Linien: alle 14 Minuten in öffentlichen Verkehrsmitteln & alle 7 Minuten in den Stationen, 7 Stunden/Tag, 7 Tage lang

UnterstützerInnen



NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES

Mag. Harald Neumann

Vorstandsvorsitzender NOVOMATIC AG

Entscheidend zum internationalen Erfolg der NOVOMATIC-Gruppe tragen Diversität und interkulturelle Vielfalt bei. NOVOMATIC ist daher bestrebt, junge Talente mit innovativen und mutigen Ideen zu fördern. Deshalb unterstützen wir die Initiative „Wiener Mut“, die ein Zeichen für ein soziales Klima in Österreich setzt, indem die Talente und Fähigkeiten aller hier lebenden Menschen gedeihen können. Wir freuen uns, dass wir einen Beitrag zum Erfolg der Auszeichnung „Wiener Mut“ leisten können.



Mag.^a Bettina Glatz-Kremsner

Vorstandsdirektorin Casinos Austria & Österreichische Lotterien

Die Österreichischen Lotterien unterstützen „Wiener Mut“ nicht zuletzt, weil wir ein sozial engagiertes Unternehmen sind. Wir freuen uns, dass sich dieser Preis dem Thema Integration und Inklusion von einer neuen Seite nähert, indem internationale Wurzeln keine Voraussetzung sind, ihn zu gewinnen. Wir sind überzeugt, dass interkulturelles Zusammenleben eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und somit für uns alle ist.



Österreichische
LOTTERIEN



Raiffeisen
Meine Bank



Dr. Georg Kraft-Kinz

stv. Generaldirektor Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien

Die Wiener Wirtschaft ist vielfältig! Als Bank sind wir in unserem täglichen Geschäft mit dieser Realität konfrontiert und wissen daher aus erster Hand, welche großen Chancen diese Diversität für Wien als Wirtschaftsstandort birgt. Aus der Vielfalt ergeben sich kreative Innovationen und zukunftssträchtige Ideen, die unsere Wirtschaft ankurbeln und unsere Stadt lebenswert machen. Wir freuen uns daher, im Rahmen von „Wiener Mut“ den Mut zur Vielfalt zu fördern!



Raiffeisen
Meine Bank



Dr. Johannes Schuster

Vorstand Raiffeisen Zentralbank Österreich AG

Als RZB-Gruppe sind wir davon überzeugt, dass Wiens internationales Umfeld enorme wirtschaftliche wie gesellschaftliche Vorteile und Chancen mit sich bringt. Mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus 56 Nationen leben wir unser Unternehmensmotto „Vielfalt statt Einfalt“ Tag für Tag. Wir freuen uns, die Initiative „Wiener Mut“ zu unterstützen.